

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 III, zu richten. Postcheckkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Die Berliner Konfektionsindustrie und die Aussperrung der Niederlausitzer Tucharbeiter. — Die falsche Rechnung bei der Niederlausitzer Tucharbeiteraussperrung. — Warum nahm der Lausitzer Unternehmerverband eine allgemeine Aussperrung vor? — Ruhe es zu der Aussperrung in der Niederlausitz kommen? — Lehren aus dem Kampfe. — Politik, nicht Neutralität der gelben Gewerkschaften. — Die Textilindustrie Schlesiens im Lichte des Handelskammerberichts Schweidnitz pro 1913. — Betrachtungen einer Frau über den Blackpooler Kongress. — Ein Appell für andere. — Eine ernste Warnung für gleichgültige Arbeiter. — Allgemeine Wochenchau. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Soziales. — Berichte aus Fachreisen. — Aus der Fasziniererbewegung. — An diejenigen! (Gedicht) — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Ferien! — Für Mutter und Kind. — Fachgewerbliche Rundschau.

Die Berliner Konfektionsindustrie und die Aussperrung der Niederlausitzer Tucharbeiter.

Was schon bei der Androhung der Aussperrung in der Niederlausitzer Tuchindustrie gesagt wurde, nämlich, daß die Konfektionsindustrie, insbesondere die in Berlin, sehr geschädigt werden würde, das wird jetzt von den dort Geschädigten selbst zugestanden. Weiter aber wird von dort berichtet, daß die Unternehmer sich den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt für die Attäde auf ihre Arbeiter ausgesucht haben. Der „Confectionair“ veröffentlicht in seiner Sonntagnummer vom 19. Juli 1914 eine Kundfrageantwort, die ihm von maßgebenden Berliner Konfektionsfirmen zugegangen ist. Es war gefragt worden, inwieweit eine Generalaussperrung in den Lausitzer Tuchfabriken das Geschäft der Konfektionsindustrie beeinflusse. Darauf wurde folgendes geantwortet:

Firma Gebr. Heller u. Horwitz:

„Sollte die Aussperrung nur kurze Zeit anhalten, so wird sich die Konfektion mit Ersatz aus anderen Fabriplätzen, wie M. Gladbach, Grünberg, Neumünster, helfen müssen. Allerdings würde dann die so wie so schon in gewissen Artikeln vorherrschende Knappheit an Waren wesentlich verstärkt werden. Ein längerer Streik (doch wohl Streik der Fabrikanten, denn die 30 000 Arbeiter streifen doch nicht. D. B.) wird zweifelsohne sehr störend wirken, da die Reizeorders nicht genau effektiviert werden könnten und speziell in billigen Artikeln und karierten Stapelfachen großer Mangel eintreten würde. Die Großlistenlager, welche an sich schon nicht groß sind, werden dann gewiß sehr bald geräumt sein.“

Herr E. Brünn, i. Fa. Joelsohn u. Brünn, schreibt:

„Es kann überhaupt nur eine Meinung darüber herrschen, daß ein Streik (Streik der Tuchfabrikanten gegenüber der Konfektionsindustrie. D. B.), wie er hier geplant wird, sehr fatal wirken und eine starke Depression ausüben muß. Bei allen Interessentengruppen würden sich mannigfache Störungen ergeben, da nichts geliefert werden kann und direkte sowie indirekte Nachteile sich ergeben würden. Gerade zur jetzigen Zeit, wo überall geliefert werden muß, ist jede Hemmung des regulären Geschäftsganges gesfährlich zu vermeiden, und es ist daher zu hoffen, daß recht bald ein Ausweg zur gütlichen Verständigung gefunden werden möge.“

Herr Leopold Sommerfeld, i. Fa. Heinrich Sommerfeld, sagt:

„Die Folgen eines Streiks (der Tuchfabrikanten. D. B.) werden sich natürlich sehr unangenehm bemerkbar machen. Die Lieferungen in Winterware würden erschwert werden, andererseits sind die Fabrikanten, besonders für billige Qualitäten, noch nicht mit ihren Sommerkollektionen heraus, so daß sie bei einem etwaigen Streik nicht rechtzeitig mit Offerten herauskommen könnten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Schaden sehr beträchtlich sein wird. Eine Warenknappheit würde sich schnell fühlbar machen; dies gilt namentlich von billigen Qualitäten, wie sie speziell die Konfektion bezieht. Für uns Großlisten werden sich eine mißliche Lage ergeben: Wir könnten die in unseren Händen befindlichen Orders nicht effektivieren, so daß uns große Nachteile erwachsen würden. Bei dem heutigen, ohnedies schon schweren Geschäft, wo jede Störung des Geschäftsganges vermieden werden muß, ist es gar sehr zu wünschen, daß der Friede recht bald wieder hergestellt wird.“

Herr Leopold Donnauer berichtet:

„Selbstverständlich würde ein Streik außerordentlich störende Konsequenzen für die Branche ergeben. Einmal haben die Fabrikanten die Winterware noch nicht ausgeliefert, andererseits würden die jetzt beim Mustern befindlichen Kollektionen nicht fertig-

gestellt werden können. Sollte ein Streik (Aussperrung ist es. D. B.) wochenlang währen, dürfte sich die Situation unbedingt überaus schwierig gestalten. Ein Ersatz für Lausitzer Fabrikate wird sich nur schwer finden lassen. Das gilt namentlich speziell für Kottbus, wo ausgesprochene Nouveautés erzeugt werden. Kammgarne könnten eventuell in Aachen ersetzt werden, was indessen immerhin zweifelhaft bleibt, denn dieser Platz ist zurzeit so voll beschäftigt, wie seit Jahren nicht mehr, zumal zahlreiche amerikanische Orders vorliegen, so daß die Aachener Fabrikanten kaum in der Lage sind, neue Orders aufzunehmen.“

Aus den Kreisen der Herrenkonfektion schreibt man dem „Confectionair“:

„Die Wirkungen der bevorstehenden (jetzt eingetretenen. D. B.) Generalaussperrung in den Lausitzer Tuchfabriken dürften für die Herrenkonfektions- und die gesamte Tuchbranche sehr fühlbar sein. Noch sind große Rückstände in den bestellten Winterstoffen aus den Lausitzer Fabriken abzuliefern. Wenn es nicht möglich ist, diese Orders in 3 bis 4 Wochen zu liefern, dürfte die Notwendigkeit der Annullierung dieser Aufträge eintreten. Besonders schwer würde durch den Ausstand (Aussperrung, bitte. D. B.) in den Lausitzer Fabriken die Herren- und Knabenkonfektionsbranche leiden. August-September sind diejenigen Monate, in denen die Großlisten ihre auf der Reise aufgenommenen Orders an die Detailisten abzuliefern pflegen. Auch ein Stillstehen der Tuchfabriken von nur zwei bis drei Wochen würde unheilvolle Folgen für die Fertigstellung der Winteraufträge nach sich ziehen. Jeder Kunde in der Herren- und Knabenkonfektion erhält von seinem Großlisten sofort bei der Aufgabe Kontermuster. Genau nach diesen Proben muß geliefert werden. Ein Ersatz von Stoffen, die vielleicht aus anderen Fabriken geliefert werden könnten, ist fast unmöglich, da es schwierig ist, die Stoffgenese, Farben, zumal bei der jetzigen Melangenmode, in so kurzer Zeit zu kopieren. Stodt die Lieferung der Stoffe, dann wird so manche Order der Detailisten nur zum Teil erledigt werden können. Ob nachher die Abnahme der Rückstände erfolgen wird, läßt sich noch nicht erkennen. Setzt die Winterfaison sofort Mitte September flott ein, dann wird erst recht der Mangel an Stoffen fühlbar werden, da bei der Eigenart der rasch wechselnden Mode nirgends große Lagerbestände vorhanden sind. Gerade die Hauptartikel für den Winter, Ulster- und Marengo-Paletot-Stoffe in mittleren und besseren Preislagen werden ja in der Lausitz fabriziert. Eine Nichtlieferung darin wird allen Interessenten der Konfektion große Verluste bringen.“

Da haben ja die Niederlausitzer Tuchfabrikanten mit ihrer Aussperrung arg ins Fettnäpfchen getreten. Nach diesen Berichten liegen ja die Verhältnisse für die Großhändler und Konfektionäre weit ungünstiger als wir angenommen hatten. Selbst bei kurzer Dauer der Aussperrung muß die Konfektion in M. Gladbach, Grünberg, Neumünster Ersatz suchen, was soll da erst werden, wenn die Aussperrung Monate dauert. Daß dies zum Untergang vieler kleiner Unternehmer führen muß, liegt auf der Hand. Denn der Unternehmerverband entschädigt doch nur einen Teil des entgangenen Gewinnes während der Dauer der Aussperrung. Wenn aber die Aussperrung länger dauert, und vor allem, wenn der Unternehmerverband nicht die beruhigende Aussperrungstaktik vollständig an den Nagel zu hängen, dann werden die Verluste, die nach der Aussperrung eintreten und die dann vom Unternehmerverband nicht mehr ersetzt werden, ganz enorm sein. Denn die Konfektionäre und Tuchhändler, die vertraglich keinerlei Regressansprüche an die Tuchfabrikanten haben, können sich unmöglich an die Lieferanten binden, die sie, weil jene Proben ihres Machdünkels den Arbeitern gegenüber ablegen wollen, gerade dann im Stiche lassen, wo die Stoffe dringend gebraucht werden. Und die Konfektionäre sparen da nicht, das hat die Aussperrung der sächsisch-thüringischen Färbereiarbeiter im Winter 1912 gezeigt. Damals haben die Webereien großen Schaden gehabt, weil die Konfektionäre sich mit ihren Aufträgen in andere Gegenden wandten. In den sächsisch-thüringischen Webereien, wo man früher genau so, wie jetzt in der Niederlausitz, sofort mit der Androhung der Aussperrung bei der Hand war, hat der Unternehmerverband nicht nur ein Saar, sondern viele in der Suppe entdeckt, die er sich mit diesen Drohungen einbrockte. Denn schon die Androhung der Aussperrung bringt Schaden. Es tritt sofort eine Stodung im Zufluß der Aufträge ein. Der einmal durch das Feuer der Aussperrung gebrannte Abnehmer der Waren scheut dieses Feuer. Er disponiert sofort anders und über-

weist die Aufträge den Betrieben, wo eine solche Störung nicht zu erwarten ist. Die Niederlausitzer Fabrikantenorganisation ist ja jammervoll beraten gewesen, als sie den Beschluß faßte, wegen einer Lohnifferenz von wöchentlich 200 Mk. die ganze Industrie so ungeheuer zu schädigen. Wenn eine Arbeiterorganisation so jammervoll operieren würde, wie hier die Unternehmerorganisation operiert hat, dann würde ihre Leitung sicher zum Teufel gejagt werden. Eine so hochqualifizierte Industrie, wie die Tuchindustrie, mit ihren der Mode und der Saison unterworfenen Existenzbedingungen, bei der aus den eben angeführten Gründen die Warenabnehmer mit dem Warenbezug immer von der Hand in den Mund leben, ist für die Aussperrungstaktik der Scharfmacher das alleruntauglichste Objekt, was sich nur denken läßt. Das haben die wenigen Tage schon gezeigt. Trotz allen Dementierens ist es richtig, daß zwischen den Unternehmern in den einzelnen Orten tiefgehende Differenzen bestehen. Aus der bürgerlichen Presse geht hervor, daß Uneinigkeit unter den Unternehmern besteht. Schon verbreitet man die Mitteilungen, daß Austritte aus dem Unternehmerverband erfolgt seien. Soweit wir informiert sind, eilen diese Mitteilungen den Tatsachen noch voraus. Wichtig ist, daß es in allen, von der Aussperrung betroffenen Orten Unternehmer gibt, die, wenn der Arbeitgeberverband nicht bald zur Verständigung schreitet, die Konventionalstrafe springen lassen und aus dem Unternehmerverband austreten werden, denn sie sehen ein, daß dies das kleinste Uebel ist. Die Dinge liegen nach unseren Informationen so, daß entweder bald eine Einigung erfolgen muß oder der Unternehmerverband einen argen Stoß erleidet.

Die Arbeiter sind jetzt fieberhaft tätig, die Reihen der Organisation lückenlos zu schließen.

Die falsche Rechnung bei der Niederlausitzer Tucharbeiteraussperrung.

Es ist schon heute eine nicht mehr zu bestreitende Tatsache, daß sich die Unternehmerorganisation in der Niederlausitzer Tuchindustrie mit ihrer brutalen Gewaltaktion gegen ihre Arbeiter gründlich verrechnet hat. Soviel haben einige Unternehmer schon laut werden lassen, daß sie mit einer Aussperrung nicht ernstlich gerechnet haben. Es sollte die Androhung der Aussperrung nur ein blinder Schreckschuß sein; es ist aber zum nicht geringen Schrecken vieler, insbesondere kleiner Unternehmer, ein scharfer Schuß geworden. Die Unternehmer hatten damit gerechnet, daß, wenn sie wieder, wie 1910, den Unnachgiebigen markieren, vor allem, wenn sie fest auftreten, die Arbeiter wieder alles aufgeben würden. Nun ist es aber anders gekommen, und da hängen schon gar viele Unternehmer die Köpfe. Als in einem Orte die Arbeiter die Blumentöpfe mit aus der Fabrik nahmen, da hat der Unternehmer ein sehr betrübtes Gesicht gemacht und gesagt, nein, das sehe ja gerade so aus, als wenn seine lieben Arbeiter für immer ausziehen wollten.

Besonders übel daran sind die Militärtuchfabriken. Die Militärverwaltung verlangt eine neue Farbe für Militärtuche. Die Fabrikanten sind in Berlin gewesen und mit dem Bescheid nach Hause gekommen, daß sie sofort liefern möchten. Und anstatt nun flott zu arbeiten, wirft man die Leute aus den Fabriken hinaus.

Stark geschädigt werden die Betriebe in Spremberg. Die Spremberger Industrie hatte früher einen großen Export nach dem Balkan. Durch den Krieg ist er verloren gegangen. Im vergangenen Jahre herrschte eine schwache Krise. Und nun, wo das Geschäft anfang zu gehen, verlangt der Fabrikantenverein die Arbeiter zu entlassen.

Mag die Aussperrung enden wie sie will, sie muß mit einem Niesenmanko für die Unternehmer enden. Die Verdrücktheit dieser Aktion der Unternehmer tritt drastisch zutage, wenn man die Bilanz der Aussperrung aufstellt. Da erscheint auf der einen Seite der Aufstellung die Forderung der Forster Walker mit im Höchstfalle 200 Mk. pro Woche. Und auf der anderen Seite erscheint der riesige Schaden, den das Unternehmertum im besonderen und die Niederlausitzer Tuchindustrie im allgemeinen durch die Aussperrung erleidet. 30 000 Arbeiter sind ausgesperrt. Wie aus verschiedenen Neuerungen in der vergangenen Zeit zu entnehmen ist, rechnen die Unternehmer pro Jahr und Arbeiter mit einem Mindestreingewinn von durchschnittlich 650 Mk. In Jahren guter Konjunktur werden es durchschnittlich 1000 Mk. Nehmen wir nur einen Mindestreingewinn von 600 Mk. pro Arbeiter und Jahr an, so entfällt auf jeden Arbeitstag und Arbeiter 2 Mk. Durch die Aussperrung der 30 000 Arbeiter gehen also den Unternehmern täglich rund 60 000 Mk. Gewinn verloren. Eine Woche Aussperrung bringt also einen Gewinnverlust von 6 x 60 000 = 360 000 Mk. Mit dieser Verlustsumme einer einzigen Woche konnte man die

Lohnerböhung der Forster Walker volle 35 Jahre lang zahlen. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Niederlausitzer Tuchunternehmer alles in allem pro Woche einen baren Verlust von 500 000 Mk. haben.

Doch das ist ja erst der kleinste Teil des materiellen Schadens, der durch den leichtsinnigen Streich der Unternehmer angerichtet wird. Die 30 000 Arbeiter, die durch diesen Streich der Unternehmer am Werteschaffen gehindert werden, verlieren mindestens täglich 100 000 Mk. Lohn. Das ist ein Betrag, mit dem die winzige Lohnforderung der Forster Walker für weitere 10 Jahre gezahlt werden könnte. Mit der Summe des Lohnverlustes und des Verlustes an Unternehmervorgewinn einer einzigen Aussperrungswoche könnte die Lohnforderung der Forster Walker rund 120 Jahre gezahlt werden.

Dazu rechne man dann noch den kolossalen Verlust jener Erwerbskreise, die indirekt durch die Aussperrung geschädigt werden. Es kommt da besonders die Konfektionsindustrie in Betracht, dann aber auch die Geschäftsleute der Aussperrungsorte.

Wer angeht dieser Tatsachen nicht zu der Erkenntnis kommt, daß die Aussperrung der 30 000 Tucharbeiter das Verrückteste ist, was bis jetzt auf dem Gebiete der Aussperrungstaktik geleistet worden ist, der gehört selbst in die Kaltwasserheilanstalt.

Also die Rechnung der Unternehmer ist total falsch, nach jeder Richtung hin; insbesondere auch nach der Richtung, daß sie hofften, die Arbeiter gegeneinander zu bringen. Die Aussperrung hat die Arbeiter mit wuchtigen Schlägen zur Einigkeit gezwungen. Die Aussperrung hat die Arbeiter, die noch immer in dem irrigen Glauben dahingleben, sie hätten eine Organisation nicht nötig, plötzlich zu der Ueberzeugung gebracht, daß sie sich auf dem falschen Wege befinden haben. Das beweist der glänzende Verlauf der öffentlichen Versammlungen, die am Montag, den 20. Juli, stattfanden. Die größten Lokale konnten die Massen nicht fassen und die Redner fanden stürmischen Beifall, als sie die Maßnahmen der Unternehmer kritisierten. Das Ehrgefühl der Arbeiter ist durch die brutale Behandlung, die ihnen von ihren Unternehmern zuteil geworden ist, aufs tiefste verletzt. Die Arbeiter werden sich jetzt die Unternehmer zum Vorbild nehmen; die haben auch nur eine Organisation. Und so solidarisch wie die Unternehmer, so werden von nun an auch die Arbeiter zusammenstehen.

Warum nahm der Lausitzer Unternehmerverband eine allgemeine Aussperrung vor?

Die Arbeiterpresse hat nun mit ihrer unbestreitbaren Darstellung über die Verwerflichkeit der Handlungsweise, 30 000 Arbeiter um ihre und ihrer Angehörigen Existenz zu bringen, das öffentliche Gewissen munter gemacht. Die Öffentlichkeit fordert jetzt die Unternehmerorganisation der Niederlausitzer Tuchindustrie auf zur Rechenschaft. Die bürgerliche Lokalpresse schreibt, es werde in der Öffentlichkeit vielfach die Frage erörtert, warum denn die Aussperrung über die Arbeiterschaft des gesamten Bezirks verhängt worden sei und nicht beschränkt wurde auf denjenigen Teil, der in den Gewerkschaften organisiert ist. Es ist, wenn auch immer noch eine Salzhaut, so doch schon etwas, wenn die bürgerliche Presse, die vor und in den ersten Tagen nach der Aussperrung ohne Befinnung alles in ihren Spalten verstaute, was ihr der Unternehmerverband zur einseitigen Beeinflussung der Öffentlichkeit zusandte, — wir sagen, es ist immerhin schon etwas, wenn sich diese bürgerliche Presse nun dazu bequemen muß, zu konstatieren, daß die Öffentlichkeit nicht so rückhaltslos die brutalen Maßnahmen gut heißt, denen 170 000 Menschen mit ihrer Existenz zum Opfer gefallen sind. Die Unternehmerorganisation ist nun gezwungen, Rede und Antwort zu stehen. Und was sie da anführt, das ist nicht nur wichtig für die Arbeiter, sondern für alle Kreise, die mit der Niederlausitzer Tuchindustrie direkt oder indirekt in geschäftlicher Verbindung stehen oder wirtschaftlich von ihr abhängig sind. Denn die Ausführungen, die da gemacht werden, beweisen nicht mehr und nicht weniger, als daß, wenn man den bisherigen Strategen des Unternehmerverbandes das Geft nicht schleunigst aus den Händen nimmt, bei jeder Lohn Differenz in dem ausgedehnten Industriebezirk, die Aussperrung der

gesamten Arbeiterschaft vorgenommen und die blühende Niederlausitzer Tuchindustrie in kurzer Zeit an den Ephraimischen Eisenbarikuren zugrunde gegangen sein wird.

Die Konfektionäre, Tuchversender, Rohstofflieferanten usw. mögen also aufhören, um zu erfahren, warum die gesamte Arbeiterschaft auf die Strafe fliegen muß. Sie muß hinaus, so sagen die Unternehmer, weil eine Teilaussperrung zwecklos und untunlich sei. Zunächst falle es schwer, die Namen der Organisierten überhaupt festzustellen, da die Arbeitgeber die Mitgliederlisten (wie schade, nicht wahr?) nicht zugänglich sind. Eine Kundfrage in den Betrieben würde auch keinen Zweck haben, da die Organisierten schmerzlich Farbe bekennen würden. (Nein, solche Fiesl sind das nicht.) Schriftliche Erklärungen von den Organisierten und Nichtorganisierten zu verlangen, würde nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von der Öffentlichkeit als PreSSION verurteilt werden, aber auch kein zuverlässiges Ergebnis zeitigen. Eine unterschiedliche Behandlung der organisierten und unorganisierten — hört es, ihr Unorganisierten — Arbeiter sei schon praktisch unmöglich. Aber, so wird weiter ausgeführt, noch eine Reihe anderer Gründe sprächen gegen eine Teilaussperrung, also eine Aussperrung allein der Organisierten.

Die Zahl der Organisierten gegenüber der Gesamtheit der Arbeiterschaft in den Lausitzer Tuchfabriken betrage ein Viertel bis ein Drittel, die aber sehr ungleichmäßig über die gesamten Betriebe verteilt seien; in einem Betrieb sei eine erhebliche Anzahl organisierter Arbeiter vorhanden, im anderen wenig oder gar keine. Die Arbeitgeber würden also sehr ungleichmäßig betroffen werden, wollte man nur die Organisierten aussperrern. Der eine Betrieb wäre zum gänzlichen Stillstand gezwungen, während andere voll oder doch beinahe voll weiterarbeiten könnten. Dadurch würde der eine Arbeitgeber gegenüber dem anderen sehr benachteiligt sein. Wie ein Witz aus dem Tollhaus mutet es an, wenn es in der Darstellung heißt, es sei ein Grundprinzip der Arbeitgeberverbände (durch die Generalaussperrung, also die Stilllegung der Betriebe), ihren einzelnen Mitglieder den gleichen Schutz angedeihen zu lassen und sie alle (in dem man sie in gleicher Weise schädigt) vor Schädigungen zu bewahren.

Ein weiterer Umstand, der für die Generalaussperrung spreche, heißt es, liege darin, daß die Tuchindustrie keine einheitliche Industrie darstelle; sie setze sich vielmehr zusammen aus den Betriebsabteilungen: Färberei, Spinnerei, Weberei, Walkerei und Appretur mit ihren verschiedenen Unterabteilungen. Jede Unterabteilung bilde für sich einen unentbehrlichen Bestandteil der Gesamtfabrikation und könne nicht entbehrt werden. Wenn sich in einer solchen Abteilung eine größere Anzahl organisierter Arbeiter befände und diese ausgesperrt würden, so sei notwendigerweise die ineinandergreifende Zusammenarbeit der Abteilungen gestört und das heiße nichts anderes: als die ganze Fabrik stehe still.

Die Arbeiter in der Abteilung Weberei seien der Zahl nach am besten organisiert. Wenn also in einer Reihe von Betrieben die Weberei durch Aussperrung der organisierten Weber mehr oder weniger zum Stillstand kommen würde, so wären auch die anderen Abteilungen der betreffenden Betriebe lahm gelegt. Ein Versuch, z. B. die ausgesperrten Weber durch Arbeitskräfte anderer Abteilungen zu ersetzen, müßte notwendigerweise scheitern, weil diesen Ersatzkräften die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und die unentbehrliche Fertigkeit in der Bedienung der Maschinen fehle, mit denen sie nicht vertraut seien. Andererseits sei auch nach den bisherigen Erfahrungen damit zu rechnen, daß die an sich arbeitswilligen Arbeiter sich entschieden weigern würden, die Arbeit der Aussperrten zu übernehmen.

Dies letztere Argument stellt der Niederlausitzer Arbeiterschaft ein sehr ehrendes Zeugnis aus. Die Unorganisierten werden daher wohl jetzt nicht mehr auf halbem Wege stehen bleiben. Sie werden nicht nur darin treue Solidarität üben, daß sie es ablehnen, sich als arbeitswillige Werkzeuge der Unternehmer zur Niederknüppelung ausgesperrter Arbeiter gebrauchen zu lassen, sondern sie werden sich nun auch, nachdem die Unternehmer nachgewiesen haben, daß auch die Unorganisierten

ausgesperrt werden müssen, wenn das Aussperrungsfieber bei den Unternehmern den höchsten Grad erreicht hat, in die Organisation der Arbeiter eintreten, um jene Macht der Niederlausitzer Tucharbeiterschaft zu schaffen, die das Aussperrungsfieber vertreibt.

Aber wenn die Dinge so liegen, wie sie hier von den Unternehmern dargelegt worden sind, und sie sind so, das ist den Arbeitern ja noch besser bekannt wie den Unternehmern, dann fragen die interessierten Kreise hoffentlich einmal bei der Leitung des Arbeitgeberverbandes an, wie sie sich wohl den weiteren Verlauf des Tanzes denkt. Soll dann also bei jedem Quark die Generalaussperrung eintreten? Bis jetzt war das ja so die Meinung der Herren. Wenn diese Meinung auch für die Zukunft erhalten sollte, dann bedarf es wahrlich keiner großen Verstandesstärke, um zu ergründen, was in kurzer Zeit mit der Niederlausitzer Tuchindustrie sein wird. Die Arbeiterschaft will keine Schädigung der Industrie. Nein, diese Absicht verfolgt sie weder direkt noch indirekt. Aber die Arbeiterschaft, die durch diese Aussperrung in ihrem Selbstbewußtsein mächtig gestärkt worden ist, die durch diese Aussperrung die schwachen Positionen der Unternehmer erst so richtig vor Augen bekommen hat, diese Arbeiterschaft lehnt es nachdrücklich ab, sich als rechtlose Seloten im Arbeitsverhältnis behandeln zu lassen. Die Arbeiterschaft der Niederlausitzer Tuchindustrie wird nach wie vor ihre Industrie fördern und zu weiterer Blüte bringen, aber nur auf dem Boden der Gleichberechtigung mit den Unternehmern auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Mußte es zu der Aussperrung in der Niederlausitz kommen?

Hört man den Arbeitgeberverband für die Tuchindustrie der Niederlausitz, so ist es angeblich unabwendbar gewesen, anders als durch die Aussperrung der 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen den Streitfall mit dem paar Forster Walkern zu erledigen. Um eine Lebensfrage der Niederlausitzer Tuchindustrie soll es sich angeblich handeln. Nachdem wir unwidersprochen festgestellt haben, daß das Streitobjekt 200 Mk. pro Woche beträgt, das obendrein noch auf 51 Unternehmer zu verteilen ist, so daß auf jeden Unternehmer knapp 4 Mk. entfallen, wird man mit diesem Geschwätz, daß es sich um eine Lebensfrage der Industrie handle, endlich aufhören müssen. Die bürgerliche Presse ist ganz kleinlaut geworden. Unsere Aufstellung über die Bilanz des Kampfes muß niederschmetternd wirken. Der „Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen, bezeichnet diese Darstellung als vernichtende Kritik der Aussperrung. Und niederdrückend hat diese nüchterne Betrachtung nicht nur auf die beteiligten Unternehmerkreise gewirkt, die den Herren Kommerzienräten leichtgläubig gefolgt sind und nun in der Patzke sitzen, sondern sie hat auch niederdrückend gewirkt auf die Kreise der Rohstofflieferanten. Es war bis jetzt noch bei keinem Kampfe da, daß sich, wie diesmal, Rohstofflieferanten an die Organisation der Arbeiter gewandt hätten, um sich zu informieren, ob es denn wirklich wahr sei, was die Zeitungen berichten, ob es sich denn wirklich nur um ein Objekt von 200 Mk. pro Woche handle. Nachdem ihnen der Beweis erbracht wurde, daß dem wirklich so ist, gingen sie mit wenig schmeichelhaften Worten für die Unternehmer, welche die Aussperrung vorgeschlagen haben, davon. Bei der großen Anzahl kleinerer Fabrikanten ist es für die Rohstofflieferanten natürlich keine gleichgültige Sache, ob die Betriebe wochenlang gesperrt werden. Die Wolle ist ein Objekt, das einen erheblichen Wert repräsentiert. Es ist da ganz erklärlich, daß die Leute nahezu bestürzt fragen, hätte sich denn die Sache nicht anders erledigen lassen? Nun, gewiß hätte sie sich anders erledigen lassen, wenn die Leitung des Unternehmerverbandes in den Arbeitern gleichberechtigte Partner im Arbeitsverhältnis erbliekt. Aber das tat sie nicht. Sie will in der Lohnfrage allein entscheiden. Die Arbeiter sollen in Lohnfragen kein Mitbestimmungsrecht haben. Das A und O der Herren Ephraim und Wellis war: „In der Lohnfrage wird nicht geredet.“

Da liegt es doch nahe, einmal zu zeigen, wie beim Auf-

Ferien!

Nun freut sich die liebe Jugend, daß die Schule ruht, daß die Zeit da ist, wo man nicht an das Arbeiten, nicht an die Aufgaben des morgigen Tages, nicht an Schulzimmer und Schullust denken muß, wo man sich selbst gehört und sich seines Lebens rückhaltlos freuen kann. Freilich gilt das nicht für alle Kinder; aber die Freude an den Ferien ist doch eine ziemlich allgemeine. Nicht nur die Kinder freuen sich der Ferien, die Lehrer sind vielleicht noch froher, die Kinder los zu sein, und mit den Lehrern warteten mit höchstem Interesse zahlreiche Beamte der öffentlichen Körperchaften, aber auch viele Beamte der Industrie, auf den Tag, an dem der ersehnte Urlaub begann. Und sie haben ein Recht auf diese Freude, wenn sie sich das ganze Jahr gemüht und geplagt haben, wenn sie ihre Kräfte angestrengt haben im Dienste für andere. Man begreift ihr Bedürfnis nach Ruhe, den Wunsch, auszuschauen und einmal für sich zu leben; nicht bloß die kurzen Stunden des Feierabends, sondern die ganzen Tage, einige Wochen, vielleicht einen ganzen Monat. Spärlich sind für viele Angestellte diese Urlaubszeiten, desto länger sind sie aber für diejenigen, die sich nicht überanstrengen.

In der heutigen Gesellschaftsordnung, wo Unverstand und Willkür das Rzepter schwingen, haben diejenigen die größte Möglichkeit, ihr Erholungsbedürfnis zu befriedigen, die den größten Teil des Jahres dem Genuß und der Unterhaltung, aber wenig oder gar keine Zeit der Arbeit widmen. Wer unsere Sommerfrischen und Badeorte einmal durchmustert, vor allem die, wo sich Schönheit der Natur mit dem Luxus unserer modernen Hotelindustrie paart, der wird dort vergeblich die Mühsamen und Beladenen suchen. Nicht die, die sich das ganze Jahr hindurch geplagt und geschunden haben, die vor glühenden Öfen, vor ruhigen Essen, in staubgefüllten Fabrikräumen, in überhitzter Luft, vor schrecklichen

Dämpfen und Gerüchen umgeben, zehn und noch mehr Stunden im Tag immer wieder schwer gearbeitet haben, erhalten Ferien, sondern vor allem jene Damen und Herren der Gesellschaft, die abgespannt sind vom Genuß auf zahlreichen Festlichkeiten, Ballen und Gesellschaften. Sie mögen sieben Sonntage in jeder Woche gehabt haben, so fühlen sie dennoch ein unbezähmbares Bedürfnis nach Urlaub.

Nur ein geringer Teil der wirklich arbeitenden Menschen kann sich heute des Urlaubs erfreuen, und gerade von denen, die des Urlaubs am stärksten bedürften, die Arbeiterfrauen in den verschiedensten Berufen, wie Textilarbeiterinnen, Porzellanarbeiterinnen, Dienstmädchen und Scheuerfrauen, kurz alle schwer arbeitenden Frauen und Mädchen des Volkes, findet man am allermeisten dort, wo sich einige Zeit in voller Sorglosigkeit, fern von Geschäften, die Menschen sammeln, um neue Stimmung und neue Lebenslust und Kraft zu erwerben. In der sozialen Schichtung derer, die den Urlaub genießen, zeigt sich kraß die ganze Unvernunft der heutigen Gesellschaftsordnung.

Der gedrückte Arbeiter, der noch nicht erwacht ist zum Selbstbewußtsein, trägt sein hartes Los, seine schwere Bürde ununterbrochener Arbeit, vielleicht mit manchem Seufzer oder mit manchem leisen Fluch, aber nicht mit lauter Klage, mit Born und Empörung über die grenzenlosen Gegenjäge zwischen dem Kapital und der Arbeit. Ihm fehlt noch die Erkenntnis, daß sein Schicksal auch anders sich gestalten kann, wenn er nur will.

Anderst ist das Denken und Fühlen des klassenbewußten Arbeiters. Er weiß, daß die unermeßlichen Reichtümer der Erde vom Arbeiter geschaffen worden sind, nicht nur für einen kleinen Kreis von Menschen, sondern für alle Menschen; besonders aber für diejenigen, die sich mit aller Kraft und Energie für das Wohl der Menschheit abmühen und plagen. Noch glauben die

regierenden Klassenherrschaften die Forderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ignorieren zu können, weil sie in der Gesetzgebung, infolge ihrer Stärke den Ton angeben können. Aber nicht aufhalten können sie den Drang der geknechteten Arbeiterschaft, denen sie ja selbst täglich, stündlich vor Augen führen, welche Rolle sie in dem gesellschaftlichen Leben spielen.

Auch für den Arbeiter wird der verdiente und lang ersehnte Urlaub errungen werden, aber es kostet Kampf. Nur durch Kampf können wir uns eine bessere Lebensbedingung erringen. Ein jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, die sich sehnt, auch einmal auszuspannen, Sorgen und Kummer abzulegen für kurze Zeit, trete in das große Heer der organisierten Kampfgenossen. Hinein in die Gewerkschaften, hinein in die Berufsorganisation! Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten, nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht.

Dann wird bald die Zeit kommen, wo mit dem Eintritt der schönen Tage auch den Arbeitern und den Arbeiterinnen der herzerhebende Wunsch entgegenklingt: „Saltet frohe Ferien!“

Für Mutter und Kind.

Rinderfragen.

Die geistige Riesenarbeit, die jedes Kind in seinen ersten fünf Lebensjahren leistet, ist größer als die gesamte Arbeit eines späteren Gelehrtenlebens; mit den Kräften eines Atlas erfaßt es die ganze fremde Welt, um sie zu tragen und nicht von ihr fortgetragen zu werden; aus jeder neuen Verriehrung mit ihr schöpft die Erkenntnis frische Kraft, ein weiteres Stück zu meistern, und die Fragen sind nur aus gestreckte tastende Finger, um die Außenwelt desto fester zu packen. Alle die Verhältnisse, Menschen, Dinge,

tauchen solcher Fragen in anderen Gegenden verfahren wird. Wir haben in früheren Artikeln auf den Webereibezirk Sachsen-Thüringen verwiesen. Bis vor sechs und acht Jahren herrschte auch bei den Unternehmern jenes Bezirkes der ausgesprochene Scharfmacherwille vor. Bei jeder kleinen Lohndifferenz drohte man die Aussperrung an. Als dann die Unbehagen erklärten, diese fortgesetzte Beunruhigung ihres Geschäfts nicht mehr mitzumachen und sie keine Aufträge mehr erteilten, schlug man eine andere Taktik ein. In den zwei Städten Glauchau-Meerane hatte 1903 ein heftiger Kampf zwischen den Arbeitern und Unternehmern stattgefunden, der mit dem Erfolg der Arbeiter endete. Die Verluste der Industrie waren wie immer, so auch bei jenem wirtschaftlichen Kampfe, sehr groß. Und es entstand die Frage, wie können in Zukunft solche Differenzen ohne solche Verluste erledigt werden. Denn bei einer solchen großen Industrie, wo infolge der unausgesetzten Veränderung in der Warenherstellung häufiger Streitigkeiten auftreten, würde die Beunruhigung des Geschäftslebens ja kein Ende nehmen, wenn es jedesmal zur Aussperrung käme. Da war es der Herr Bürgermeister von Meerane, der die Anregung gab, eine ständige Kommission, die historisch gewordene **Reuerkommission**, zu bilden, welche die Aufgabe haben sollte, Streiks und Aussperrungen zu vermeiden. Die Reuerkommission besteht aus vier organisierten Arbeitern des Deutschen Textilarbeiterverbandes, vier Unternehmern, unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden, einem juristischen Stadtrat der Stadt Meerane. Stellvertreter der Vorsitzenden der Kommission ist der Herr Bürgermeister von Glauchau. Die Kommission hat sich ein Regulativ gegeben, demzufolge auch alle Einzelfragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, vorerst vor die Reuerkommission zu bringen sind, ehe sie an das Gewerbegericht gehen. Die meisten Streitfälle sind dort auf dem Vergleichswege erledigt worden, so daß das Gewerbegericht nicht in Aktion treten brauchte. Bei größeren Lohndifferenzen sucht der Herr Bürgermeister von Meerane vorher dahin zu wirken, daß der Vermittlungsantrag von beiden Seiten gestellt wird. Er sagt, es garantiere nicht für einen langen Frieden, wenn der Antrag nur von einer Seite gestellt werde, und die Reuerkommission eine Majoritätsentscheidung fälle, die nur gestützt werde durch den unbeteiligten Vorsitzenden. Der Herr Bürgermeister von Meerane wirkt daher zunächst als Vermittler, um die Parteien durch gegenseitiges Nachgeben soweit einander zu nähern, daß eine einstimmige Entscheidung gefällt wird.

Das nennt man vernünftiges Handeln.

Aber wo solche rohe Kräfte sinnlos walteten, wie in dem Unternehmerverband der Niederlausitzer Tuchindustrie, da kann sich kein Gebild gestalten. Alles wird in Scherben geschlagen. Wie dringend nötig es ist, von der Tuchindustrie, die der Mode unterworfen ist, solche Störungen fernzuhalten, ergibt sich auch aus dem Schaden, der daraus entsteht, daß die Garne, die für die jeweilige Saison besonders gefärbt werden, aber unverarbeitet bleiben, wenn solche Störungen eintreten, für die nächste Saison meist nicht verwendbar sind. Das belastet dann unnötig den Rohstoffetzel des Betriebes. Daher versucht das Unternehmertum des Bezirkes Greiz-Gera ebenfalls Betriebsstörungen, die infolge Streiks oder Aussperrungen entstehen könnten, vorzubeugen. 1904 gründete sich in jenem Bezirk der sächsisch-thüringische Webereiverband, dem jetzt die Webereien der sächsisch-thüringischen Wollindustrie angeschlossen sind. 1906 nahm er eine Aussperrung vor, die er bei der damals noch schwachen Arbeiterorganisation gewann. 1911 drohte er noch eine Aussperrung an, es kam aber nicht dazu, da die Weber zurückgingen. 1912 kam dann die Aussperrung der Arbeiter in den sächsisch-thüringischen Färbereien, durch welche die Webereien enorm geschädigt wurden. Das Aussperrungsrisiko ist seitdem dort zurückgegangen. Differenzen traten in jenem Bezirk sehr viele auf, sie sind aber meist in einer die Arbeiter befriedigenden Weise durch die von den organisierten Arbeitern in Gera geschaffene Zentraltarifkommission in Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Webereiverbandes, Herrn Kommerzienrat Rusch in Greiz, erledigt worden. Auch haben die Unternehmer mehrmals freiwillig die Löhne erhöht, um es nicht erst zu ernstlichen Differenzen kommen zu lassen, denn die

sächsisch-thüringische Textilarbeiterschaft ist nicht nur hochqualifiziert und leistungsfähig, sondern auch gut organisiert. In den Betrieben des Webereiverbandes in Sachsen-Thüringen besteht laut Arbeitsordnung die Bestimmung, daß im Monat August auf zwei Jahre ein Arbeiterausschuß zu wählen ist. Diese Arbeiterausschüsse halten in den einzelnen Orten gemeinsame Konferenzen ab. Jedes Mitglied erhält für die Teilnahme an der Konferenz aus der Kasse des Deutschen Textilarbeiterverbandes 50 Pf. Natürlich sind die Ausschußmitglieder, die hier in Frage kommen, organisiert. In diesen Sitzungen geht es recht lebhaft zu. Es wird berichet, ob Tarifunterbietungen vorgekommen sind oder was sonst an Mißständen zutage getreten ist. Diese Arbeiterausschüsse in Gera wählen nach jeder Neuwahl einen Vorstand, und dieser Vorstand ist die Zentraltarifkommission der Arbeiter, die bei Differenzen mit dem Webereiverband in Verhandlungen tritt. Auch die anderen Orte wählen eine Tarifkommission, die aber nur mit der Geraer Zentraltarifkommission Verbindung halten. Die Arbeiterausschüsse sind laut Arbeitsordnung zur Überwachung der Lohnsätze bestimmt. Außerdem hat jede Tarifkommission alle Wochen eine Sprechstunde zur Entgegennahme von Meldungen über Verstöße gegen den Lohnsatz festgesetzt. Und die Organisation der Webereierunternehmer ist nicht etwa entsetzt darüber. Nein, der Webereiverband hat selbst ein großes Interesse daran, daß Verstöße gegen die Tarife nicht vorkommen. Weisen die Arbeiter solche Verstöße nach, dann wird die beschuldigte Firma zur Nachzahlung des Lohnes verurteilt und oftmals muß sie noch Strafe zahlen. Der Webereiverband hat jetzt für seinen Bezirk einen Tarifrevisor angestellt, der das Recht hat in allen Betrieben zu kontrollieren, ob Verstöße gegen den Tarif vorliegen. Maßregelungen von Arbeiterausschußmitgliedern kommen selten vor. Es würde auch große Erbitterung unter der Arbeiterschaft Platz greifen, wenn man ihre Vertrauensleute maßregelte.

Wenn man sich jene Verhältnisse vergegenwärtigt, dann drängt sich von neuem die Frage auf: Hätte es nicht auch in der Lausitz so gehen können? Nun freilich, hätte es so gehen können. Aber bei dem Unternehmerverband war eben die Kampflust größer wie der Wille zum Entgegenkommen. Er brante ja förmlich darauf, seine zirka 30 000 Arbeiter vor den Wagen zu treten. Aber auch an ihm wird sich das Sprichwort bewahrheiten: „Durch Schaden wird man klug.“

Wie wir hören, sind Unterhandlungen im Gange. Es bleibt abzuwarten, welches Ergebnis sie zeitigen werden.

Lehren aus dem Kampfe.

„Und wenn Sie umsonst arbeiten, ich stelle Sie nicht ein.“ Diese Antwort erhielt ein unorganisierte Arbeiter in Guben, der, wie glücklicherweise nur noch wenige Arbeiter, der Ansicht war, er würde, wenn er zum Fabrikanten gehe und dem ein gutes Wort gebe, weiter beschäftigt werden. Er tat es, ging zum Fabrikanten und sagte, er möge ihn doch beschäftigen, er sei ja gerne bereit, etwas billiger zu arbeiten. Trotzdem die Antwort: „Und wenn Sie umsonst arbeiten, ich stelle Sie nicht ein.“

Warum sind Sie nicht organisiert?

Noch einmal versuchte jener Gubener Arbeiter Arbeit zu bekommen. Er glaubte es zu erreichen, wenn er dem Fabrikanten sage, daß er nicht organisiert sei. Er bat, ihn doch einzustellen, er habe eine Familie zu ernähren und sei nicht organisiert. „Warum sind Sie denn nicht organisiert?“ Das war die Antwort, die dem verblüfften Arbeiter entgegenhallte.

Wir meinen, das ist denn doch schon mehr ein Wink mit dem Zaunpfahl, um den Arbeitern zu zeigen, daß sie in ihre Organisation gehören.

„Eltern, organisiert eure Kinder!“ Die Aussperrung bringt in unzähligen Fällen die tiefbedauerliche Tatsache zutage, daß wohl die Eltern dem Deutschen Textilarbeiterverband schon seit vielen Jahren angehören, nicht aber die Kinder, die im Laufe der Jahre aus der Schule gekommen sind und in die Fabrik eintreten. Jetzt liegen diese mit auf der Straße. Bei organisierten Eltern sollte es doch das allererste sein, sofort, wenn die Kinder in die Fabrik eintreten, sie der Organisation zuzuführen. Auch der umgekehrte Fall,

daß wohl die Kinder, nicht aber die Eltern organisiert sind, ist häufig anzutreffen. Meist sind es Leute, die 20 und mehr Jahre bei einer Firma beschäftigt waren und die bisher geglaubt hatten, bis an ihr Lebensende mit ihrer Firma im Frieden leben zu können. Jetzt plötzlich lassen sie auf der Straße. Ja, das ist der wirtschaftliche Kampf der Kapitalisten. Die nehmen da keinerlei andere Rücksicht, wie die Rücksicht auf ihr Portemonnaie. Das müssen nun auch die Arbeiter tun? Und auch die Kinder, die organisiert sind, aber unorganisierte Eltern haben, sollten nicht früher ruhen, bis auch die Eltern der Organisation angehören.

Große Aufregung herrscht unter den Arbeiterinnen in Guben.

Dort soll ein Webmeister, als es feststand, daß die Aussperrung erfolgen werde und die Frage aufgeworfen wurde, von was sie denn eigentlich leben sollten, die Aufmerksamkeit getan haben, nur auf die Straße zu gehen, wohl um Herrenbekanntschaften zu suchen, er sei auch bereit dazu. Es wird dem Herrn, den es angeht, nur zu raten sein, sich sofort von dieser schweren Beschuldigung freizumachen, sonst gibt es einen Sturm der Entrüstung, bei dem dann noch ganz andere Dinge zutage treten dürften.

Die Forster Walker müßten erst gehörig verprügelt und dann erschossen werden. So hat ein Obermeister einer Gubener Fabrik gesagt. Man sieht, daß die Hitze der letzten Tage doch anfängt, in manchen Oberstüben beträchtliches Unheil anzurichten. Die Forster Walker werden sich sicherlich nicht weniger freuen, den „Alten“ so in Rage gebracht zu haben.

Politik, nicht Neutralität der gelben Gewerkschaften.

Die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes durch Polizei und Gerichte führt in steigendem Maße dazu, einzelne Zahlstellen oder Zweigvereine, aber auch ganze Verbände zu politischen Vereinen zu stempeln. Mit der Politischerklärung verfolgt man den Zweck, den freien Gewerkschaften die Aufnahme jugendlicher Mitglieder unter 18 Jahren unmöglich zu machen, um dieselben desto sicherer den mit Staats- und Unternehmern gefütterten patriotischen und sonstigen Jugendvereinigungen zuzuführen. Nun wird aber gerade hier ganz nach Herzenslust und vollständig ungeniert Politik in weitestem Umfange getrieben, wie nachstehende Beispiele zeigen. Wir wollen aber vorher bemerken, daß alle die Fälle, wo die Gelben sich mit der Sozialgesetzgebung beschäftigen, hier ausgeschlossen sind. Letzteres wird aber bekanntlich den freien Gewerkschaften schon als politische Betätigung angerechnet.

Anfang 1910 gab der nationale Bergarbeiterverein für Carnay und Ungegend ein Flugblatt heraus, worin als Zweck des Vereins u. a. angegeben wurde: „Bei allen Wahlen für die Kandidaten einzutreten, die sich in jeder Hinsicht zur gelben Sache bekennen.“

Auf der Tagung des Bundes deutscher Werkvereine am 29. Juni 1912 in Gießen wurde ein Antrag Magdeburg beraten, in welchem gefordert wurde: „Daß die Kosten der neuen Wehrvorlage durch Steuer auf den Besitz aufgebracht werden sollen. Die Versammlung beauftragte den Bund der Werkvereine, einen entsprechenden Antrag beim Hauptausschuß zu stellen.“

Der Tätigkeitsbericht der Sächsischen Abteilung zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands sagt an einer Stelle: „Daß auf diese nationale Arbeiterbewegung auch ein nationaler Verlaß sein kann, wird in schlagendster Weise aus der beiliegenden Wahlstatistik bewiesen, welche zeigt, daß tatsächlich die Zurückdämmung der roten Flut erfolgreich nur mit unserer (der gelben) Bewegung möglich ist.“

Der „Werkverein“ vom 7. März 1913 berichtet über die Gründung eines neuen Werkvereins in Griesheim bei Frankfurt a. M. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß es „durch das einmütige Zusammenarbeiten der Werkvereine Frankfurts gelungen sei, den Obergenossen Dr. Quarc aus dem Stadtverordnetenparlament herauszuwählen.“

In der Versammlung des Werkvereins der Zechen „Cardus Magnus“ am 9. März 1913 wurde vom Sozial-

Begriffe und Vorstellungen, die uns ein langes Leben vertraut gemacht hat, stehen ihm mit einem Male vor dem staunenden Auge; von der Sonne am Himmel bis zum Wurm an der Erde gibt es nichts, das ihm nicht neu wäre und in ein Verhältnis zu dem kleinen Gehirn treten möchte. Täglich und stündlich schlägt eine fremde Sprache, in vielen Jahrhunderten zur schärfsten Ausprägung der feinsten Gedankenverbindungen gebildet, an das Ohr des Kindes; es hört abenteuerliche Worte und merkt, daß die Erwachsenen sich damit verständigen. Nicht ausgeschlossen möchte es sein aus dem Zauberkreis, den seine Lieben da um sich ziehen — und so liebt es die Worte von den Lippen, wälzt sie wundernd im Gehirn und fragt endlich nach dem Schlüssel zu dem großen Geheimnis, das es allenthalben umgibt. (H. Benzig, Ernst Antworten auf Kinderfragen. Verlag von G. Reimer, Berlin.)

Das Fragen des Kindes

Wird als Bildungsmittel fast ganz allgemein unterschätzt. Der mit dem Sprechenlernen immer mächtiger sich entfaltende Kausalitätstrieb, das für Eltern und Erzieher manchmal kaum zu ertragende Warumfragen hat seine volle Berechtigung und sollte nicht, wie es leider allzuoft geschieht, überhört, absichtlich nicht beantwortet, absichtlich falsch beantwortet werden. Ich habe von Anfang an meinem Knaben nach bestem Wissen jedesmal eine ihm verständliche, nicht wahrheitswidrige Antwort auf seine Fragen gegeben, und bemerkt, daß dadurch später im fünften, sechsten und besonders im siebenten Jahre die Fragen, weil die früheren Antworten behalten werden, immer intelligenter ausfallen. Antwortet man dagegen gar nicht oder mit Scherzen und Märchen, so ist es nicht zu verwundern, daß ein Kind selbst bei vorzüglicher Anlage alberne und törichte Fragen tut und unlogisch denkt, was schwerlich bei richtiger Beantwortung der Fragen und passender Zurechtweisung geschieht, abgesehen vom Großziehen von Aberglauben. (H. Freyer, Die Seele des Kindes. Verlag von Th. Grieben, Leipzig.)

Das Märchenalter des Kindes

ist individuell sehr verschieden, aber im allgemeinen läßt sich doch soviel sagen: das dritte und vierte Lebensjahr ist in jeder Beziehung günstig für das Märchen erzählen. „Es ist die Zeit, in der die kindliche Witzbegierde den ersten Flug in die Welt unternimmt. Kinderschritte und Kinderarme reichen noch nicht aus, sie zu erfassen. Wer sie ihnen vormalt, wie es ihrer im eigentlichen Sinnes des Wortes nach maßlosen Phantasie entspricht, verdient sich ihren Dank!“ Aber allmählich dringt immer mehr von den Wirklichkeiten der Welt in die Seele des Kindes ein. Mehr und mehr fügt sich das Gleichartige in ihr zusammen, und langsam dämmert das Denken auf, das nach Ursache und Wirkung fragt. Das ist dann freilich kein günstiger Boden mehr für das Märchenwunder. . . . Dann kommt das Kind wohl mit der schüchternen Frage: Ist das auch wahr? Dem aufmerksamen Erzieher ist das ein Zeichen, daß das Kind an der Grenze des eigentlichen Märchenalters angelangt, daß das Denken in ihm erwacht ist, und daß der Glaube an die Märchenwunder allmählich verdrängt wird durch die Erfahrungen und Erkenntnisse des realen Lebens. . . . Es dürfte zu empfehlen sein, nach den Zweifeln des Kindes keine allzu wunderbaren Märchen mehr zu erzählen, sondern allmählich zu Geschichten aus dem wirklichen Leben überzugehen. Nach den Jahren des Ueberganges dann, etwa im achten oder neunten Lebensjahre des Kindes, können die Märchen wieder in die Kinderstube einziehen, denn dann hat das Kind von der wirklichen Welt Besitz ergriffen, es kann dann Schein und Sein, Wirklichkeit und Phantasiegebilde voneinander unterscheiden, es tritt also dann mit ganz anderer Gemütsverfassung an die Märchenwelt heran; es ist reif zum Genuß der poetischen Schönheiten des Märchens. (S. Prüfer, Kleinkinderpädagogik. Verlag von Otto Rennick, Leipzig.)

Das Märchen — ein Sinnbild.

Das geborene Publikum der Märchenfee sind arme Leute Kinder. Märchen schwingen sich auf und ab mit der Sehnsucht

des Menschenherzens, und die Sehnsucht kennt ja nur, wer leidet. Welches Leid aber brennt schmerzlicher im Gemüt als das Bewußtsein, durch die bloße Geburt schon auf die Schattenseite des Glücks verbannt zu sein und doch, wie alles, was lebt, wie von Urbeginn zumal die Menschenjugend, das Gottesgnadenrecht auf Glück in allen Adern pochen zu fühlen?

Der Königssohn, die Prinzessin, die der böse Zauberer in Lumpen steckt und Knechtsarbeit verrichten läßt, sind des Märchens liebste Geschöpfe, denn sie sind ganz aus dem Märchenstoffe der Sehnsucht gewebt. Ein solcher mißhandelter Königssohn aber, eine Bettelprinzessin mit der sternverbrannten Anwartschaft auf Erlösung ist jedes einzelne Proletariatskind, denn es trägt Lumpen wie sie und ist der Eroberer der Zukunft.

Welches Proletariatsmädchen, welcher Proletariatsjunge hätte darum nicht schon im Aschenbrödel der deutschen Märchenlage das verfürperte Sinnbild seines Schicksals gesehen, ein Bild, das gerade in seinem Doppelsinn dieses doppelsinnige Schicksal wieder spiegelt. Die Mücke ist ja bitterernste Wirklichkeit in jedem proletarischen Kinderdasein, aber auch die goldenen Pantoffeln, in denen das Märchen in seinem selbigen Schluß hineintanzte, haben noch jedem Proletariatskinder an die Füße gepaßt. Nicht im Märchensinne bloß und im Traumesglück! Ist doch die proletarische Klasse selber, der unfer Jungvolk entspringt, das Aschenbrödel der Gesellschaft, aber auch sie ein Aschenbrödel, das in nachtwandlerischer Sicherheit durch all den Schmutz und das Elend der Gegenwart dem verheißenen Lande seiner Siege und seiner Befreiung entgegenstreitet. (H. Korn, Jungvolk 1914. Verlag der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.)

Aus dem Kinderlande.

Zwei Welten.

Ein großer plumper Backsteinbau in modernem Kasernenstile: einer von unseren großstädtischen Schulkolossen. Auf einem kleinen Turme fängt eine Uhr an zu schlagen, lang —

sekretär Sartorius ein Vortrag gehalten über „Deutschlands Entwicklung und Kolonialpolitik“.

Der „Werkverein“ vom 18. März 1913 fordert die Mitglieder auf, eine Versammlung der Deutschen Vereinigung zu besuchen, wo über die „Wehrvorlage“ gesprochen wurde.

Ferner nahmen folgende Mitglieder Versammlungen Stellung zu den Landtagswahlen: Am 12. Mai 1913 der Werkverein der Zeche „Graf Beumt“.

In Nr. 20 des „Werkverein“ vom Jahre 1913 fordert der Werkverein „Union“ seine Mitglieder auf, sich vollzählig an der Landtagswahl zu beteiligen.

Der „Werkverein“ vom 6. Dezember 1912 teilt mit, daß bei der Essener Stadtverordnetenwahl 2 Mitglieder des Werkvereins gewählt wurden.

Der „Nationaldemokrat“, ein gelbes Berliner Organ, welches sich in Opposition gegen die Gelben Kruppischer Richtung befindet, teilt mit, daß der Gelbenführer Geß in einer Versammlung in Chemnitz erklärt habe: „Wenn heute unsere Mitglieder zu uns kommen, wissen sie, daß sie bei allen Wahlen national-liberal zu wählen haben.“

Daß die reichstreuen Bergarbeitervereine Niederschlesiens politische Gebilde sind, aber nichtstarkem eifrig in Jugendfang machen, wollen wir ebenfalls an einigen Beispielen zeigen: Von einer Versammlung der reichstreuen Jugendabteilung in Oberwaldenburg berichtet der „Feierabend des Arbeiters“ in Nr. 83 vom Jahre 1912: „Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über „Die Entstehung des Deutschen Reichs“ und sprach im Anschluß daran über die gegenwärtige Lage auf dem Balkan.“

Am 25. Februar 1912 hielt der reichstreue Knappenverein von Kohlendorf seine monatliche Versammlung ab. Der Generalsekretär Daerr aus Breslau hielt einen Vortrag über das Erfurter Programm 2. Teil.

Am 15. Dezember 1911 veranstaltete der reichstreue (gelbe) Bergarbeiterverein einen Frauenabend, zu dem aber auch Männer erschienen waren.

Am 15. Dezember 1911 veranstaltete der reichstreue (gelbe) Bergarbeiterverein einen Frauenabend, zu dem aber auch Männer erschienen waren.

Ein dichter Schwarm von Kindern hat im Kreise zugehört. Alle in gespannter Aufmerksamkeit, alle in Gedanken mitarbeitend und mithelfend.

Ein dichter Schwarm von Kindern hat im Kreise zugehört. Alle in gespannter Aufmerksamkeit, alle in Gedanken mitarbeitend und mithelfend.

Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor?

Produktionserhebungen in der Weberei. Die Produktionserhebungen in der allgemeinen Weberei, die heuer für 1911 erhoben werden, sind, wie die Leipziger Handelskammer mitteilt, dem Abschluß nahe.

Die reichstreuen Bergarbeitervereine begnügen sich aber nicht damit, Politik zu treiben, sie rücken auch mit dem notwendigen Gelde heraus, wie folgender Bericht des „Mansfelder Bergboten“ beweist:

Die reichstreuen Berg- und Hüttenarbeiter Mansfelds hielten am 27. August 1911 in Selbra ihre erste ordentliche Hauptversammlung ab. In dem Bericht heißt es: „Bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevertretungen sollen die Mitglieder geschlossen für vaterländisch gesinnte Männer eintreten.“

Der „Feierabend des Arbeiters“ bringt in der Nummer vom 18. Dezember 1912 einen Artikel: „Die deutschen Industriellen und die Werkvereine“.

Zu diesen Ausführungen erklärt Heuer vom Nationalen Arbeiterbund, daß die Bewegung auch kräftige Fortschritte nach der Richtung der politischen Beeinflussung mache und schon manche Erfolge erzielt habe.

Der reichstreue Bergarbeiterverein Waldenburg hielt am 16. Januar 1913 seine Monatsversammlung ab. Parteisekretär Grund hielt einen Vortrag über „Nationale Wehrkraft“.

Ungeüarter kann zu den verschiedensten politischen Angelegenheiten wohl kaum Stellung genommen werden. Troßdem hier die politische Betätigung klar auf der Hand liegt, trotzdem in den Jugendabteilungen politische Thematata behandelt werden, rührt sich kein Polizeipräsident.

Am Segenteil, man unterstützt diese Gesellschaft moralisch und finanziell. Die freien Gewerkschaften aber, die eine Kulturbewegung allerersten Ranges sind, sollen geknebelt werden zur höheren Ehre des Kapitalismus.

Die Textilindustrie Schlesiens im Lichte des Handelskammerberichts Schweidnitz pro 1913.

Bearbeitet von Josef Lang, Langenbielau.

Die Textilindustrie spielt im Wirtschaftsleben Schlesiens eine bedeutende Rolle. Neben der Bergbauindustrie rangiert sie an zweiter, also an ziemlich exponierter Stelle.

der Erhebungen unter Zugrundelegung eines vereinfachten Fragebogens in Aussicht genommen worden, und zwar soll den neuen Ermittlungen möglichst das Jahr 1914 zugrunde gelegt werden.

Die westdeutsche Textilindustrie. Troß der ungünstigen Konjunktur ist nach dem soeben erschienenen Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft die Zahl der westdeutschen Textilbetriebe von 2875 im Jahre 1912 auf 2954 in 1913 gestiegen.

Aus der deutschen Kattunindustrie. Dem Vernehmen nach ist zwischen den Firmen Schlieper u. Baum in Eberfeld, der Württembergischen Kattun-Manufaktur in Heidenheim und der Kattunfabrik Siegfeld (vorm. Rolfs u. Cie.) m. b. H. in Siegburg eine Vereinbarung getroffen worden.

Gruschwitz-Textilwerke A.-G., Neusalz. Die Gesellschaft erzielte nach dem Geschäftsbericht für 1913/14 trotz Entwertung der Verkaufspreise einen gesteigerten Umsatz. Der

Geschäftslage vorherrschend, oder ob sie von einer das Erwerbsleben lähmenden Krise befallen ist. Gleichfalls ist im Wirtschaftsleben einer Provinz von eminent wichtiger Bedeutung, ob die Arbeiterzahl der zweitgrößten Industrie günstige oder minder günstige Jahresdurchschnittslöhne erzielt; denn neben ihrer Bedeutung als Produzenten spielt eine solche große Arbeitermasse auch eine große Rolle als Konsumenten.

„Die Lage der Textilindustrie, des zweiten großen Hauptzweiges unseres Erwerbslebens, bot auch in diesem Jahre wieder ein recht unerfreuliches Bild.“ Neben den sich allgemein für das Erwerbsleben geltendmachenden hemmenden Einflüssen wirkten für die Textilindustrie im ganzen und einige ihrer Zweige besonders nachteilig die Preisbewegung auf dem Baumwollmarkt, die Witterungsverhältnisse, vor allem aber die Ungunst der Mode.

Gleichfalls wirkt nachteilig auf die Geschäftslage die ungünstige geographische Lage unserer Industrie im äußersten Südosten des Reiches und die gleichfalls hiermit zusammenhängende Einschränkung des Absatzgebietes durch die einengenden Zollschranken Oesterreichs und Rußlands.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man der seit Jahr und Tag bestehenden Frauenmode, enge Kleider Röcke ohne Futterstoff zu tragen, einen großen Teil der Schuld an dem Rückgang des Handels in Baumwollrohgewebe beimißt.

Soweit ganz gut; die angeführten Ursachen sind stichhaltig und den Tatsachen entsprechend. Mit keinem Wort aber versucht man Anregungen zu geben, um einzelnen Ursachen zukünftig den Boden zu entziehen.

„Das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitern war im allgemeinen gut. Arbeitseinstellungen sind trotz der un-

*) Wie solche Verhältnisse wirken, möchten wir an einem krafftigen Fall zeigen. In diesem Fall ist der österreichische Garn kaufende Webereibesitzer der Schwiegerjohn eines Spinnereibesitzers.

Abfah in Flachsgarnen war regelmäßig und in den feineren Nummern besonders lebhaft. In Berggarnen waren Preise und Abfah während des ganzen Jahres befriedigend, und es liegen, wie der Bericht bemerkt, noch starke Engagements für die nächsten Monate vor.

Der Verbandstag Deutscher Posamentierer-Innungen und aller selbständigen Posamentierer Deutschlands hielt seinen 8. Verbandstag in Stuttgart ab. Am ersten Verhandlungstag wurde ein Antrag der Berliner Innung, der von den Herren Kessler, Knoche und Bölling-Berlin begründet wurde und die Herausgabe eines Werkes mit einer Auswahl guter alter und neuer Muster, Preisausschreiben, Versendung dieser Schrift an Behörden, Fachverbände usw., überhaupt eine umfassende Propaganda fordert, angenommen und vorläufig der Betrag von 1000 Mk. für die Durchführung in den Etat eingestellt.

Der Verbandstag Deutscher Posamentierer-Innungen und aller selbständigen Posamentierer Deutschlands hielt seinen 8. Verbandstag in Stuttgart ab. Am ersten Verhandlungstag wurde ein Antrag der Berliner Innung, der von den Herren Kessler, Knoche und Bölling-Berlin begründet wurde und die Herausgabe eines Werkes mit einer Auswahl guter alter und neuer Muster, Preisausschreiben, Versendung dieser Schrift an Behörden, Fachverbände usw., überhaupt eine umfassende Propaganda fordert, angenommen und vorläufig der Betrag von 1000 Mk. für die Durchführung in den Etat eingestellt.

günstigen Geschäftslage im Interesse der Arbeiter nur ganz vereinzelt vorgenommen worden. Die Löhne wurden nicht herabgesetzt. (Wie rührend!) Es sind sogar an einigen Stellen Lohnaufbesserungen erfolgt."

Weiter heißt es dann an einer anderen Stelle im Widerspruch mit der vorherangezogenen Stelle:

„Die fortwährend gestiegenen Arbeitslöhne haben die bescheidene Aufbesserung der Preise für die fertigen Produkte wieder ausgewogen.“

Sa, es sind tatsächlich an einigen Stellen Lohnaufbesserungen erfolgt, und zwar auf Grund fortwährender Bemühungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Die Steigerung des Gesamtdurchschnittslohnes betrug im Jahre 1913 20,69 Mk., das ist pro Woche 39,8 Pf. oder pro Tag 6,6 Pf. Wie man aber bei einem derartigen mageren Resultat von fortwährend gestiegenen Arbeitslöhnen reden kann, ist uns ein Rätsel. Geradezu hanebüchen ist aber die Behauptung, daß die nach und nach unverhältnismäßig hochgestiegenen Löhne bei verkürzter Arbeitszeit einen lähmenden Einfluß auf die Entfaltung der Industrie ausübten.

Doch nicht nur diese unverhältnismäßig hochgestiegenen Löhne sollen Schuld sein an dem daniederliegenden Geschäftsgange der Industrie, sondern auch — man höre und staune! — „die ununterbrochene Erweiterung der sozialen Lasten.“

Wenn schon von unverhältnismäßig hochgestiegenen Löhnen gesprochen wird, so braucht man sich freilich nicht zu wundern über den Satz, der hier gegenüber der Sozialgesetzgebung zum Ausdruck kommt. Stillstand der sozialen Gesetzgebung und Zurückdrängung der sogenannten unverhältnismäßig hochgestiegenen (in Wirklichkeit ganz erbärmlich niedrigen) Arbeitslöhne, ist also die Lösung auch der schlesischen Industriegewaltigen.

Wie unberechtigt und irreführend diese Schreibweise des Handelskammerberichts ist, insbesondere in bezug auf die Textilindustrie, wollen wir an einigen Zahlen beweisen.

Der Jahresdurchschnittslohn der schlesischen Textilarbeiter betrug im Jahre 1908 599,53 Mk., im Jahre 1912 644,88 Mk. Die Steigerung in diesen vier Jahren beträgt 45,35 Mk. oder 7 1/2 Proz. Dieser höhere Lohn ist aber nur teilweise auf Lohnerhöhung zurückzuführen, zum Teil auf gesteigerte Arbeitsleistung durch Erweiterung des Drei- und Vierstuhlsystems und Verdrängung des Zweistuhlsystems in der Weberei sowie auf Erhöhung der Arbeitsleistung in den anderen Abteilungen. Trotzdem steht aber Schlesien mit seinen Durchschnittslöhnen unter sämtlichen acht Textilberufsgenossenschaften sowohl 1908 wie auch 1912 an letzter Stelle. Der Unterschied zu der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft beträgt sogar über 300 Mk. jährlich.

Von weittragender Bedeutung für die schlesischen Textilarbeiter ist aber ein Vergleich ihrer Löhne mit denen der Gesamtarbeiterschaft Schlesiens. Der Gesamtdurchschnittslohn sämtlicher 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften betrug:

im Jahre 1908	949,08 Mk.
„ „ 1912	1048,56 „
Die Steigerung beträgt demnach	99,48 Mk.

Bei den Textilarbeitern sind die betreffenden Zahlen	599,53 Mk.
	644,88 „
Steigerung	45,35 Mk.

Der Lohn aller Arbeiter in Schlesien, einschließlich der Textilarbeiter, ist also um 54,13 Mk. mehr gestiegen als der der Textilarbeiter.

Die Differenz zwischen den Löhnen der Gesamtarbeiterschaft Schlesiens und denen der Textilarbeiter im besonderen betrug also schon im Jahre 1908 349,55 Mk., dagegen im Jahre 1912 403,68 Mk. 403,68 Mk. verdienen also die Textilarbeiter weniger als die übrigen Arbeiter. Die Differenz wird also von Jahr zu Jahr größer; die Textilarbeiter bleiben mit ihren Löhnen immer mehr zurück, und bei diesem Verhältnis hat man den Mut, im Handelskammerbericht von fortwährend gestiegenen Arbeitslöhnen in der Textilindustrie zu reden und zu betonen, daß der schlechte Geschäftsgang auch auf die nach und nach unverhältnismäßig hochgestiegenen Löhne bei verkürzter Arbeitszeit zurückzuführen sei.

Die Textilarbeiterschaft hat alle Ursache dazu, mehr als bisher für Stärkung ihrer Organisation, des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Sorge zu tragen, um mit vereinter Kraft

jene hochgestiegenen Löhne dem Unternehmertum abzutrotzen, die man heute der Arbeiterschaft andichtet. Nicht hochgestiegene Löhne, sondern Hungerlöhne sind die wahre Bezeichnung für solche jammervoll niedrigen Löhne.

Daß die Textilindustrie ganz hübsche Erträge abwirft, also dementsprechend auch höhere Löhne zahlen könnte, die aber zurzeit in den unergründlichen Taschen der 1. ernehmer verschwinden, beweist die Tatsache, daß allein unter den schlesischen Textilunternehmern sich — drei Duzend Millionäre befinden. Jeder derselben hat ein Einkommen von mindestens 100 000 Mk., eine Anzahl sogar eine halbe Million bis dreiviertel Millionen Mark jährlich. Mit diesen Summen vergleicht man den Durchschnittslohn der schlesischen Textilarbeiter und man wird den Ausdruck Hungerlöhne für berechtigt erklären müssen.

Schickt sich aber die Textilarbeiterschaft an, wirkliche Lohnforderungen zu stellen und begründet sie solche mit der Verteuerung aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel, so läuft sie Gefahr, in 99 von 100 Fällen abgewiesen zu werden. Mit einer abwehrenden, geringschätzigen Geste werden die Forderungen zurückgewiesen, die für sie angeführten Gründe verneint. Daß die Forderungen der Arbeiterschaft und insbesondere auch ihre Begründungen eine innere Berechtigung haben, dafür liefert der diesjährige Bericht schlagende Beweise, wofür die Textilarbeiterschaft mit Dank quittiert. Unter Anführung einer Anzahl Gründe, die den schlechten Geschäftsgang mit verurachten, sagt der Bericht auch folgendes:

„In der gleichen Richtung wirkte die durch teilweise Arbeitslosigkeit und Teuerung der Lebensmittel verminderte Kaufkraft weiter Konsumentenkreise.“

Die Ursachen für die steigende Teuerung der Lebensmittel sind nach dem Bericht in folgendem zu suchen:

„Ein großer Teil des schönsten Getreides der Ernte aus 1912 wurde zu Beginn des Jahres 1913 nach dem Auslande verkauft, und zwar der Weizen nach Frankreich und der Roggen nach Rußland. — Die peinliche Tatsache, daß Roggen zu Ausnahmetarifen nach Rußland geht, den Einfuhrschein erhält (im Werte von 50 Mk. aus den Taschen der Steuerzahler), nur teilweise ausgemahlen und der größere Teil des Mehles und der Kleie als Kleie wieder zollfrei eingeführt wird, ist bestehen geblieben, trotz dringender Bitten von Seiten aller Mühlenbesitzer Deutschlands. — Die Ausfuhr des guten Getreides wird seitens des Auslandes, im besonderen anscheinend durch Frankreich, zur Kriegsverproviantierung verwandt, denn es ist doch überraschend, daß gerade zu einer Zeit, in der die allgemeine Weltlage kriegerische Ereignisse in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine Ausfuhr deutschen Getreides nach Frankreich stattfand, wie sie früher nie bestanden hat. Im Jahre 1909 wurden nach Frankreich ausgeführt: Hafer 50 Doppelzentner, Roggen 120 Doppelzentner, Weizen 9320 Doppelzentner; im ersten Halbjahr 1913 dagegen: Hafer 715 120 Doppelzentner, Roggen 275 560 Doppelzentner, Weizen 1 186 270 Doppelzentner. Das gibt zur eingehendsten Beachtung wohl Veranlassung.“

Also das gesamte gute Getreide ging ins Ausland und das schlechte, minderwertige Zeug blieb im Inlande und mußte von den deutschen Konsumenten mit hohen Preisen bezahlt werden. Hierüber sagt der Bericht weiter:

„Daß aus solchem (minderwertigen) Getreide kein schönes Mehl hergestellt werden konnte und kann, ist selbstverständlich, und deshalb hörten und hören die Klagen der Bäcker und die des verbrauchenden Publikums über das Gebäck nicht auf. — Die Körnerernte in ganz Mittelschlesien hatte mehr oder weniger Dampferuch und die Backfähigkeit des Brotgetreides war sehr ungünstig beeinflusst.“

Trotz dieser beweglichen Klagen traut sich die Handelskammer jedoch nicht die Konsequenzen zu ziehen und zu sagen, was gegen solche gemeingefährliche Uebelstände zu geschehen habe. Sie kann das deshalb nicht, weil ihre Hintermänner mit Schuld tragen an dem Bestehen des deutschen Zolltarifes, der den preussischen Zuckern es ermöglicht, das gesamte gute Getreide an das Ausland zu verkaufen, dafür auch noch Hunderte von Millionen Mark aus dem Steuersäckel in ihren unerfättlichen Taschen verschwinden zu lassen, damit die preussischen Zuckern den Gemaltfabrikanten in der Industrie das Be-

streben erleichtern, das Industrieproletariat vollkommen auszubenten.

Die Arbeiterschaft im allgemeinen, im besonderen aber die Textilarbeiterschaft Schlesiens, hat alle Ursache, alle nur möglichen Mittel gegen eine solche doppelte Ausbeutung und Auswucherung zur Anwendung zu bringen. Zusammengeschlossen in einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation, wird es auch der Textilarbeiterschaft möglich werden bei dem Unternehmertum eine bessere Würdigung der Werte schaffenden Arbeitskraft durchzusetzen. Auf politischem Gebiete muß sie die Gesetzgebung dahingehend beeinflussen, daß auch ihrer Auswucherung durch die preussischen Junker ein Halt geboten werden kann.

Deshalb: Heraus aus der Defensiv! Ergreift die Offensiv!

Betrachtungen einer Frau über den Blackpooler Kongreß.

Die einzige Frau, die als Delegierte den internationalen Textilarbeiterkongreß besuchte, Miß Isabella Ford, äußert in der „Cotton Factory Times“ ihre Ansichten über den Blackpooler Kongreß. Es ist auch für unsere Kolleginnen von Wert, die Auffassung einer englischen Kollegin über diese Veranstaltung kennen zu lernen. Deshalb sei das wesentlichste der Ausführungen Miß Fords hier wiedergegeben.

Miß Ford gibt zunächst ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß auch auf diesem Kongreß, zu dem neun europäische Länder Delegierte entsandt hatten, unter diesen weibliche Delegierte nicht waren. Von den drei englischen Bezirken sei Lancashire, trotzdem die dortige Textilindustrie mehr Frauen als Männer beschäftigt, und mehr Frauen als Männer in den dortigen Verbänden organisiert sind, durch 38 männliche Delegierte, aber keine weibliche Delegation vertreten gewesen. Der Yorkshire Bezirk, in dem mehr Männer als Frauen beschäftigt sind, hatte unter seinen acht Delegierten eine Frau, Miß Ford, deren Betrachtungen wir hier wiedergeben. Mit Recht sagt Miß Ford, daß nirgend die Bedingung bestände, die Delegierten zum Kongreß müssen Arbeiter sein. Immer sei nur von Mitgliedern des Textilarbeiterverbandes die Rede. Deshalb traf sie die Abwesenheit der Frauen aus den Reihen der bestbezahlten Textilarbeiter (Lancashire) wie ein Schlag. Besonders auffällig erschien es ihr, daß auch die fremden Nationen, von denen wir „narrische Frauen“, wie Miß Ford sich ausdrückt, glauben, daß die Frauen den Männern gleich erachtet würden, wie zum Beispiel Deutschland, ohne weibliche Delegierte nach England kamen. Sie sei aber erfreut gewesen, daß das auch vielen der Delegierten seltsam und verwunderlich erschien; wir zuckten die Achseln, schreibt sie, und ereiferten uns sehr darüber.

Den Frauen der englischen Delegierten und auch ihr, einer Volldelegierten, habe man die Teilnahme an dem Ausflug nach Preston, wo neben der Besichtigung des Horrockschen Betriebes den Delegierten Runden, Preisspiele, Tee und andere nette Dinge geboten wurden, nicht gestattet. Sie habe aber bei den Textilarbeiterkongressen in anderen Ländern immer bemerkt, daß man fremde Frauen zu allem hinzugezogen und weibliche Delegierte königlich behandelt habe.

„Als es dann zur Diskussion über die Beibehaltung oder Abschaffung des Halbzeitystems und Freigabe des ganzen Sonntags kam, erschien es mir wirklich schrecklich, wahrzunehmen, wie wenig Sinn man für die Demütigung hatte, daß zu solchen Fragen Frauen nicht sprechen konnten. Die Freigabe des Sonntags wurde gebilligt, weil dem Wunsch der Frauen gemäß der Sonntagabend für die Erledigung der Hausarbeiten frei sein solle. So sagten wenigstens die Männer. Wir vermischten bei dieser Frage wie bei der Frage des Halbzeitystems die Frauen sehr. Aber es war leider keine Frau da, und ich verlangte, daß sie abwesend sein müßten, weil die Beratung dieser Fragen viel besser und gründlicher gewesen wäre, wenn auch weibliche Delegierte anwesend gewesen wären. Warum waren sie nicht anwesend? Warum sind in den ausführenden Organen der großen Vereinigungen keine Frauen, da sie doch zahlreicher als die Männer sind? Ich stelle mir vor, daß in Lancashire, wo sie eine so große Mitgliedschaft haben, nach meiner Ueberzeugung ihre Arbeitskollegen sie sehr willkommen heißen würden, wenn sie sich nur erheben und handeln würden.“

werbes gegenüber den Organisationsbestrebungen der Gehilfenschaft im Textilarbeiterverband. In der Debatte wurde von allen Rednern die Notwendigkeit eines starken Arbeitgeber-Schutzverbandes der Posamentenindustrie anerkannt. Es soll in eine lebhaft propagandä eingetreten werden und über die Höhe des ferneren Beitrages am Schlusse dieses Jahres durch den Vorstand definitiv Beschluß gefaßt werden. Der Vorstandtag beschäftigte sich sodann mit internen Angelegenheiten. Es wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt; hinzu kamen Herr Kessler-Berlin und Herr Feil-Stuttgart.

C. T. I. Die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Bindfaden- und Seilerwaren-Händler tagte in Düsseldorf. Die Tagung galt in der Hauptsache der Beratung der Statuten und der Wahl des endgültigen Vorstandes. Die von dem bisherigen provisorischen Vorstande entworfenen Statuten wurden im großen und ganzen mit einigen Zusätzen und Verbesserungen genehmigt und als Sitz des Verbandes Düsseldorf gewählt. Der Vorsitzende konnte mit Genugtuung konstatieren, daß sich seit der Gründung des Verbandes am 14. Mai d. J. die Mitgliederzahl um über das Doppelte vermehrt habe, ein Zeichen, daß mit der Gründung das Richtige getroffen worden sei. Der bisherige Vorsitzende Herr Hof. Daugenberg jr., Aachen, wurde wiedergewählt und die Geschäftsstelle nach Aachen verlegt. Auch der übrige provisorische Vorstand wurde mit einigen Änderungen wiedergewählt. Der Verband wird in das Vereinsregister eingetragen und hat seinen Sitz in Düsseldorf.

Eine 6-Millionen-Kronen-Stiftung. In Aisch in Böhmen starb der 62jährige Privatier, frühere Besitzer großer Webereien, Herr Gustav Geipel, Ehrenbürger der Stadt Aisch. Der Verbliebene, der schon bei Lebzeiten Millionen zu kommunalen Zwecken gespendet hat, vermachte in seinem Testament der Stadt Aisch sechs Millionen Kronen sowie seine sämtlichen Häuser, Baumgärten und Wälder in und um Aisch. Auch hat er viele große Legate im Testament vorgeesehen. Der Vater des Verstorbenen war der Begründer des großen Unter-

nehmens (Kleiderstoffweberei usw.) in Aisch. Das Unternehmen ist unter der Führung des jetzt verstorbenen Chefs zu großer Bedeutung gelangt und spielt namentlich im Export eine große Rolle, weil die Farbzusammenstellung der Geipel'schen Muster im Auslande einen guten Ruf genießt.

Ein Rüstungspanama deckt das „Brümmers Montagsblatt“ auf. Der tschechische Abgeordnete und Tuchfabrikant Brdlik wird da beschuldigt, bei den Tuchlieferungen den Staat sowohl an der Güte wie an der Menge ganz gewaltig betrogen zu haben, während die an das Ministerium geschickten Proben natürlich vorschriftsmäßig waren. Dabei ist Brdlik ein Volksvertreter und Handelskammerpräsident! Zwei andere Abgeordnete, die von den Dingen in Kenntnis gesetzt wurden, sollen sich geweigert haben, etwas dagegen zu tun. Zur Verdeckung der Minderwertigkeit des Tuchs soll es mit Säuren behandelt worden sein, die bei Schukwunden Blutergüssen hervorgerufen müßten!

Konvention der Schwarzspinner und -händler Oesterreichs. Wie uns mitgeteilt wird, wurde die seit Oktober 1913 bestehende Vereinigung der Schwarzspinner und -händler Oesterreichs bis 1. Oktober 1915 verlängert.

Aus der vorarlbergischen Stickerei-Industrie. Man schreibt der „N. B. Z.“ aus dem Vorarlberg: Die Vorarlberger Stickerei macht schlimme Zeiten durch. Namentlich die Schiffstickerei ist schlecht daran, da die Mehrzahl der Schiffstickmaschinen noch nicht bezahlt sind, dabei aber keine Arbeit zu gemärtigen ist. An verschiedenen dieser Maschinen befinden sich schon seit längerer Zeit die Pfandtafeln der Lieferungsfirmen.

Betriebseinschränkung der belgischen Baumwollspinner. Aus Gent wird unterm 15. d. M. gemeldet: Die belgischen Baumwollspinner beschloßen, eine zehnprozentige Betriebseinschränkung bis Ende Oktober d. J. eintreten zu lassen.

Dividenden norwegischer Textilfabriken. Für das Jahr 1913 verteilen: die Baumwollspinnerei und -weberei Galdens Bomulds-spinneri og Väveri Aktiefelsfab in Fredrikshald auf jezt 1 125 000 Kr. Aktienkapital 6 Prozent Dividende (wie

schon für 1912 und 1911); die Segeltuch-, Hanf- und Jute-fabrik Kristiania Seilbugsfabrik A.-S. in Kristiania 6 (im Vorjahr 5) Prozent auf 1 600 000 Kr. Aktienkapital; A.-S. Lauritzen u. Sörensens Trifotagefabriker in Kristiania auf 600 000 Kr. Aktienkapital wieder 5 Prozent; die Baumwollspinnerei und -weberei Nydalsens Compagnie A.-S. in Kristiania 5 Prozent, wie im Vorjahre; die Wollfabrik Sandnäs Uldvarefabrik A.-S. in Sandnäs bleibt dividendenlos (für die Jahre 1912 und 1911 je 5 Prozent). Die Band- und Rigenfabrik A.-S. Kristiania Baand- u. Vidsefabrik in Kristiania schüttet auf 500 000 Kr. Aktienkapital 5 Prozent (1912: 6, 1911: 7 Prozent) Dividende aus.

Preisanschreiben für ein verbessertes Verfahren der Flachsfaserbearbeitung in Rußland. Der kaiserliche deutsche Generalkonsul in St. Petersburg berichtet: Am 6./19. Juni 1914 hat der russische Handelsminister Bedingungen eines Preisanschreibens für ein verbessertes Verfahren der mechanischen Bearbeitung der Flachsfaser ohne vorherige Röstung best. Auf die Erfindung eines solchen Verfahrens setzt das Handelsministerium einen Preis von 5000 Rubel aus. Um den Preis können sich sowohl russische als ausländische Staatsangehörige bewerben. Auch die Einreichung bloßer Zeichnungen ist nicht ausgeschlossen; nach solchen Zeichnungen werden, wenn sie von den Sachverständigen gutgeheißen werden, auf Kosten des Handelsministeriums die entsprechenden Maschinen angefertigt und geprüft. Der Erfinder erhält aber in diesem Falle nur den halben Preis. Die Prüfung der Erfindungen geschieht durch einen besonderen Ausschuß des Handelsministeriums aus Sachverständigen, die vom Handelsministerium im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung für Laboreinrichtung und Ackerbau gewählt werden, und aus Vertretern dieser beiden Verwaltungszweige. Die Endfrist für die Einreichung der Maschinen oder Zeichnungen ist der 1. März 1915 (a. St.). Dem Erfinder bleibt das Recht gewahrt, ein Patent auf seine Erfindungen zu erwerben.

Als Miß Ford ihre Ausführungen zu den Fragen, die zur Diskussion standen, machte, waren alle Delegierten sehr zuvorkommend in ihren Beifallsbezeugungen. Man habe ihr aber gesagt, nun müsse sie immer rufen: „Rechte für die Frauen!“

„Ich denke,“ schreibt sie, „daß das wichtigste der internationalen Kongresse nicht genügend behandelt werden konnte, weil die Frauen fehlten. Es ist wichtig für die Sache der Arbeiterinnen, daß weibliche Delegierte die internationalen Kongresse besuchen. Jede der besprochenen Fragen, keine der in das Programm der Zukunftsarbeit eingeschlossenen Reformen vertritt eine einseitige Art der Diskussion, sondern muß von Frauen und Männern gemeinsam behandelt werden.“

Was Miß Ford über die Delegation der Arbeiterinnen zu Kongressen schreibt, werden die fortgeschrittenen unserer Kolleginnen unterstreichen können. Ob aber die gesamte Mitgliedschaft den, wenn auch nicht deutlich ausgesprochenen Vorwurf, der auch für die deutschen Textilarbeiter in den Ausführungen steckt, herausfindet? Und ob die Arbeiterinnen daraus lernen werden? Die Erörterung aller gewerkschaftlichen Fragen verlangt gebieterisch die Mitarbeit der Arbeiterinnen. Miß Ford hat recht, wenn sie schreibt, die Arbeiterinnen müssen sich ihres Verantwortlichkeitsgefühls bewußt werden, sie müssen sich nur erheben und handeln.

Martha Goppo.

Ein Ansporn für andere.

Die Generalversammlung in Dresden hat alle Anträge abgelehnt, die auf eine Erhöhung der Beitragsleistung hinausliefen. Gewiß hat man damit allen Bezirken und Branchen Rechnung getragen, die noch unter der herrschenden Krise zu leiden hatten, oder die, wie Schlesien und die Oberlausitz, dauernd unter dem Druck elender Lohnverhältnisse stehen.

Im „Textilarbeiter“ ist deshalb diese Generalversammlung als eine zur inneren Festigung bezeichnet worden. Diese Bezeichnung mag zutreffend sein, wenn man in Erwägung zieht, daß eine Beitragssteigerung, wie sie durch die Abschaffung der 40-Pf.-Beitragsklasse für die männlichen Mitglieder beantragt war, zweifellos eine gewisse Beunruhigung in den Mitgliederkreisen hervorgerufen hätte.

Das Bild, das der Kollege Jehms von unseren Finanzen entwerfen mußte, spricht doch deutlicher als alle Versuche, sich mit einem kühnen Ruck und dem Seufzer: „Es wird schon geben“, über alle Schwierigkeiten hinwegzusetzen. Die Verpflichtung, für den inneren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, hört deswegen noch nicht auf, weil die Generalversammlung für den Gesamtbereich des Verbandes eine allgemeine Beitragssteigerung, wenigstens für die männlichen Mitglieder, abgelehnt hat.

Es gibt eine Reihe von Filialen, wenn nicht ganze Bezirke, wo ohne größere Beunruhigung der Mitgliedschaft eine höhere Beitragsleistung erzielt werden kann, wenn die entsprechende Erziehungsarbeit geleistet wird.

Neuer Beschluß des Stuttgarter Verbandstages, der durch die Dresdener Generalversammlung verschärft worden ist, gibt den Filialen wie auch einzelnen Branchen die Möglichkeit, für sich eine höhere Beitragsleistung zu beschließen und auch einzuführen.

Welche Erfolge damit bei intensiver Erziehungsarbeit zu erreichen sind, das mögen die nachfolgenden Ausführungen und die beigelegte Statistik über die Beitragsleistung der Filiale Chemnitz zeigen.

Den Reigen mit der branchenweisen Erhöhung der Beiträge eröffneten die Tüllweber, indem diese im Frühjahr 1912 beschlossen, daß die Tüllweber 65 Pf. und die Hilfsarbeiter 55 Pf. Beitrag zu leisten haben.

Eine außerordentliche Generalversammlung am 15. August 1913 folgte dann mit dem Beschluß, daß männliche Mitglieder über 18 Jahre nicht mehr zu 45 Pf. aufgenommen werden, sondern eine höhere Klasse steuern müssen.

Die Werbekraft der Organisation hat dadurch nicht im geringsten gelitten, und die Zureisenden, für die die gleiche Bestimmung gilt, fügen sich ohne erhebliches Widerstreben in das Unvermeidliche.

Auf diese Weise war schon zunächst einmal der Zustrom in die niedere Beitragsklasse unterbunden, und nun konnte mit mehr Aussicht auf Erfolg auch an den alten Mitgliederbestand herangetreten werden.

Zunächst waren es die Weber, die am 14. Oktober 1913 in einer Branchenversammlung den Beschluß herbeiführten, daß vom 1. Januar 1914 ab alle Weber, die im Durchschnitt über 24 Mk. pro Woche verdienen, 65 Pf. und die übrigen 55 Pf. Beitrag zu leisten haben. Für die weiblichen Mitglieder wurde bestimmt, daß bei einem Durchschnittsverdienst von 14 Mk. pro Woche 45 Pf. zu entrichten sind.

Dem Vorgehen der Weber schlossen sich die Wirker in Branchenversammlungen am 15. und 16. Oktober mit gleichen Beschlüssen an.

Im Frühjahr 1914 folgten dann die Färber, die allerdings bei ihren niedrigen Löhnen nur eine Beitragsleistung von 55 Pf. beschloßen. Von den größeren Branchen sind es nur die Spinner, die bis heute keinen definitiven Beschluß herbeigeführt haben. Die Wirkung ist denn auch ohne weiteres aus der Statistik ersichtlich, denn die Spinner stehen mit 62,84 Proz., die in eine höhere Beitragsklasse zahlen, am schlechtesten da.

Im übrigen ergibt sich nach dieser geleisteten Erziehungsarbeit für die größte Filiale unseres Verbandes, Chemnitz, nach dem Abschluß vom 1. Juli 1914 folgendes Bild:

Beitragsleistung in der Filiale Chemnitz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, geordnet nach Branchen am 1. Juli 1914.

Table with 10 columns: Branche, 25 Pf., 35 Pf., 45 Pf., 55 Pf., 65 Pf. (m., w.), and 65 Pf. (m., w.). Rows include Wirker, Spinnereiarbeiter, Weber, Färber, etc.

Die Mitglieder verteilen sich auf folgende Branchen:

Table with 5 columns: Branche, männl., weibl., zusammen, and Steuern in höheren Beitragsk. (männl., weibl.). Rows include Wirker, Spinner, Weber, etc.

Insgesamt steuern 46,78% Mitglieder in höheren Klassen.

Wenn man sich gegenüber dieser Statistik die Aufstellung der Zentrale über die Beitragsleistung im 4. Quartal 1913 (eine neuere steht hier noch nicht zur Verfügung) ansieht, so gewinnt man den Eindruck, daß anderwärts auf diesem Gebiete noch viel nachzuholen ist.

In der Filiale Chemnitz steuern 46,78 Proz. aller Mitglieder in eine höhere Beitragsklasse. Also beinahe so viel wie im Gau Düsseldorf, der im 4. Quartal 1913 mit 47,38 Prozent abschließt. Dabei hat der Gau, Düsseldorf nur 7,23 Proz. weibliche Mitglieder, während die Zahl der weiblichen Mitglieder in Chemnitz mit 52,86 Proz. die der männlichen weit überwiegt.

Bei dem Gau Arafeld wird das Verhältnis noch ungünstiger, da dieser nur mit 30,30 Proz. an der höheren Beitragsleistung beteiligt ist.

Diese beiden Gauen sind aber deswegen zu einem Vergleich besonders tauglich, weil sie in ihren Lohnverhältnissen mindestens mit Chemnitz auf einer Stufe stehen, wenn sie Chemnitz nicht ganz bedeutend überholen. Dort müßte sich also nach unserer Auffassung in bezug auf die Beitragsleistung in den höheren Klassen ein viel günstigeres Bild zeigen. Dann würden auch alle die berechtigten Einwürfe verstummen müssen, die aus Bezirken mit niedrigeren Löhnen kommen, warum denn die Orte, die einen höheren Lohn erreichen, nicht bei der Beitragsleistung in den höheren Klassen mit einem guten Beispiele vorangehen.

Solange eine ausgeprägte Selbstzucht nicht dafür Sorge trägt, daß in allen den Orten, wo die Möglichkeit zur Durchführung höherer Beitragsleistung vorliegt, dies durchgeführt wird, solange werden auch die Anträge auf den Generalversammlungen nicht verschwinden, die auf eine allgemeine Beitragssteigerung hinauslaufen, und damit zahlreiche Bezirke, die mit ihren Lohnverhältnissen noch zurückstehen, in ihrer ruhigen Weiterentwicklung bedrohen.

Unser Artikel und die Statistik sollen deshalb nicht der Ruhmredigkeit dienen, sondern nur ein Mittel zum Ansporn sein. E. Fritsch.

Eine ernste Warnung für gleichgültige Arbeiter.

Die Plauener Baumwollspinnerei Aktiengesellschaft hat, nachdem sie schon vor 14 Tagen ihren Arbeitern gekündigt hatte, ihren Betrieb vorläufig eingestellt. Den Grund hierzu bildet die schlechte finanzielle Lage, in welche die Firma, die während der letzten Hochkonjunkturperiode im Jahre 1910 gegründet wurde, geraten ist. Seit ihrem Bestehen hat das Unternehmen immer mit Unterbilanz gearbeitet und so die jetzige Krise mit geschaffen.

Am 29. Juni fand wiederum eine Versammlung der Aktionäre statt, die, wie in einem veröffentlichten Bericht erwähnt wird, bedauerlicherweise von den Großaktionären wieder fast nicht besucht gewesen sein soll, obwohl gerade deren Anwesenheit dringend notwendig sei. Ueber den Stand des Unternehmens berichtete im Auftrage einer zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission Herr Rechtsanwalt Dr. Schumann. Derselbe führte aus, daß nach genauer Orientierung in den Geschäftsbüchern die vom Aufsichtsrat seinerzeit geforderten 500 000 Mk. zur Sanierung des Unternehmens nicht ausreichen, vielmehr bedeutend höhere Summen flüssig gemacht werden müßten, um die laufenden Verbindlichkeiten zu erfüllen und um genügend Betriebsmittel in der Hand zu haben.

Am die Katastrophe zu beseitigen, hält der als Sachverständige zugezogene Herr Direktor Kujel es für unbedingt notwendig, mindestens 800 000 Mk. Geld flüssig zu machen, dann erst werde es möglich sein, mit Hilfe eines kaufmännisch wie technisch gleich tüchtigen Direktors den Betrieb in richtige Bahnen zu bringen. Bezüglich des Betriebs und seiner Einrichtungen fällt Herr Direktor Kujel das Urteil, daß derselbe technisch vollkommen sei und es nicht viel Spinnerereien gebe, die sich einer solchen glänzenden Ausstattung zu erfreuen hätten. Als einen der größten Fehler bezeichnete es der Herr Sachverständige aber, daß man den jetzt eingerichteten Arbeitern gekündigt habe. Die hier in der Baumwollspinnerei gezahlten Löhne hätten nie die finanzielle Schwierigkeit herbeigeführt, da dieselben nicht höher als im Erzgebirge seien.

Diesen Ausführungen stimmt ein anderer Sachmann, der schon 40 Jahre in der Spinnerei tätig ist, vollkommen bei.

Auch der neugewählte Direktor der Plauener Baumwollspinnerei, Herr Dittmar, der allerdings erst in einigen Monaten seine Stelle antreten kann, hält die Aufbringung einer Summe von 1 050 000 Mk. für erforderlich, um die schwebenden Verbindlichkeiten zu regeln und hauptsächlich die Wechsel-schulden zu begleichen. Da durch die Hypothek des Aufsichtsrats schon 200 000 Mk. vorhanden seien, müssen noch 850 000 Mark aufgebracht werden.

Am 21. Juli findet nun wiederum eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre statt, die erneut zu der Angelegenheit Stellung nimmt.

Durch die Stilllegung des Betriebes sind an 300 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos geworden. Die Wiedereröffnung des Betriebes wird, wie uns von kundiger Seite mitgeteilt wurde, wohl ein bis zwei Monate auf sich warten lassen. Der arbeitslos gewordenen Arbeiterschaft wird nun wohl nicht anderes übrigbleiben als abzureisen, da hier in Plauen schwerlich Arbeit zu bekommen ist. Zuerst hat man die Arbeiterschaft nach Plauen gelockt, jetzt überläßt man sie ihrem Schicksal. Die Nachricht von der Stilllegung der Plauener Baumwollspinnerei hat eine ganze Anzahl von Agenten aus verschiedenen Städten nach Plauen geführt, um Arbeiter anzuwerben. Auf den Straßen, in den Wohnungen werden die Leute angedrert, um sie zur Abreise zu bewegen und in die einzelnen Spinnereigebiete zu verfrachten.

Soweit die Arbeiterschaft organisiert ist, geht es noch einigermaßen. Der Verband zahlt, soweit seine Mitglieder unterstützungsberchtig sind, Amzugsunterstützung, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Sie sind doch wenigstens vor dem Schlimmsten bewahrt. Anders die Unorganisierten. Sie trifft es doppelt schwer. Doch wer nicht hören will, muß fühlen.

Allgemeine Wochenschau.

Der Ministerpräsident des Zentrums.

Das Organ der österreichischen Integrativen, „Oesterreichisches Katholisches Sonntagsblatt“, befaßt sich in seiner jüngsten Nummer (29) mit dem Ministerium Hertling. Der Minister habe nicht ganz gehalten, was der Parlamentarier versprochen. Die Lösung der Jesuitenfrage, dieses schwierigste Werk, an den Anfang seiner Ministerpräsidentenlaufbahn zu setzen, sei ein schwerer Fehler gewesen; der Mißerfolg habe die Lösung sehr erschwert. Diese kirchenpolitische Niederlage sei selbstverschuldet. Wiederholt habe Hertling in Fragen der Kirchenpolitik (Gewerkschaftsfrage, Angriff auf den Bischof von Como) die Kompetenzsphäre eines staatlichen Ministeriums überschritten. Herr von Bethmann arbeite in der Kirchenpolitik zweifellos viel intensiver als Hertling, aber er tue dies still durch den preussischen Gesandten beim Vatikan, Herrn von Mühlberg, nicht durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Was Hertling tue, tue er mit Getöse und Affront durch die „Bayr. Staatszeitung“. Es folgt dann diese Kennzeichnung Hertlings als eines Ministerpräsidenten der Zentrumspartei:

„Wollen wir nicht Widersprüche und Schwankungen, ja geradezu unwürdige schwächliche Motivierung in der Kirchenpolitik des Hertlingschen Ministeriums annehmen, so gibt es nur eine befriedigende Erklärung für diesen scheinbaren Sitzadlauf. Hertling ist nicht einfach als katholischer

Staatsmann großen Schlags, sondern als Fraktionsführer in sein Amt getreten. Er hat im Angeficht der größeren Aufgabe die kleineren Interessen des einstigen Wirkungskreises nicht zu vergessen vermocht. Und die Kritik hat einen Schein von Unwiderleglichkeit, die ihm vorwirft, daß er schließlich nur die Mittel des mächtigeren Amtes zur Verwirklichung der fraktionspolitischen Ziele benutzt. Wenn die „Bayerische Staatszeitung“ sich wie ein schützender Hort vor — die früher von Hertling mitgeführte Gruppe im deutschen Katholizismus gegen Roms Intentionen stellt, dann ist trotz aller das Gegenteil versichernden Entrüstungsposen die Annahme einer Hertling'schen Kirchenpolitik doch wohl richtig, die nicht aus deutschen und nicht aus katholischen Erwägungen, auch nicht aus dem Gesichtspunkte bayerischer Staatsnotwendigkeit heraus, die vielmehr lediglich von speziellen Parteiinteressen gewisser Gruppen des deutschen Katholizismus diktiert ist.

Das ist eine schwere Beschuldigung, eine Beschuldigung, die gleich hinter dem Vorwurf des Mißbrauchs eines hohen staatlichen Amtes zur persönlichen Bereicherung rangieren müßte. Und diese Anklage der parteipolitischen Fruchtbarmachung des Ministerpräsidiums wird erhoben von Glaubensgenossen des Grafen v. Hertling. In der Tat: welche andere Erklärung läßt sich finden für die bayerische Gewalt- und Unsnahmerechts politik der letzten Zeit, unter der ganz besonders die Sozialdemokratie und die moderne Arbeiterbewegung zu leiden haben.

Eine Charakteristik Wackers.

Gelegentlich der Indizierung der Essener Rede des badischen Zentrumsführers Geistlichen Rats Th. Wacker hat die Zentrumspresse sich in außergewöhnlichen Lobeserhebungen auf den Gemahregelsten gefallen. Wer aber z. B. die Form der Wacker'schen Sozialistenbekämpfung und wer die Rolle kennt, die der „Löwe von Jähningen“ gegenüber seinem Vorgänger in der Parteiführung, dem vornehmen Prälaten Lender, gespielt hat, der hat über jenes Herausstreichen der Persönlichkeit Wackers herzhafte gelacht. Unsere Bemertung Wackers deckt sich in etwas mit der folgenden Charakteristik, die in der soeben erschienenen Nr. 29 des reform-katholischen „Neuen Jahrhunderts“ aus einem Artikel der „Straßburger Post“ (Nr. 705) zustimmend wiedergegeben wird. Es heißt da:

„Wenn Wacker freilich standhaft bliebe...? Wer den Jähninger Parteiagitator kennt, weiß, was er von dieser Frage zu halten hat. Er ist so sehr der Mann des kleinen Stils, in Ziel und Mitteln und Methode zu beschränkt, als daß von ihm sich eine entscheidende Tat erwarten ließe. Aber der Weg, den der deutsche Katholizismus geht und gehen muß, wird von seiner Entscheidung nicht berührt. Vielleicht, daß früher oder später einmal an der Stelle, wo heute ein Unkenagitor steht, eine schöpferische Persönlichkeit von größerem Ausmaße sich findet. Sie könnte der Befreier des deutschen Katholizismus selbst werden, und die Weltgeschichte müßte ihn den Vorber reichen, den manche schon voreilig und in Verkennung seiner geistigen und sittlichen Qualitäten für den badischen Zentrumsführer bereit halten.“

Der totgeschwiegene Kardinal.

Graf Oppersdorffs „ Klarheit und Wahrheit“ (Nr. 29) nimmt sich die „Kölnische Volkszeitung“ des Herrn Bachem vor, weil sie sich gegenüber einer Rede des Kölner Erzbischofs, Kardinal v. Hartmann, in einer in der katholischen Welt einzig dastehenden Weise verhalten hat. Der Kardinal hatte in einer großen Festversammlung in Arefeld die Gläubigen aufgefordert, die Eheschließungen des Heiligen Vaters ohne Kritik hinzunehmen; es sei „ein großer Irrtum und eine Verleumdung“ des Papstes, wenn man sage, dieser sei nicht richtig informiert über die Verhältnisse in Deutschland; der Papst sei durch seine Bischöfe aufs beste informiert, und es sei „eine Lüge und Unehrerbietigkeit“, das Gegenteil zu behaupten.

Die „Kölnische Volkszeitung“, das Hauptblatt des westdeutschen Katholizismus, hat diese überaus wichtige Rundgebung ihres kirchlichen Oberhirten dreist unterfchlagen. Das Oppersdorffsche Blatt schreibt dazu:

„Wir stellen dieses Faktum hier fest, stellen fest, daß die „Kölnische Volkszeitung“ dem Herrn Erzbischof von Köln, ihrem Oberhirten, das Wort versagt, wenn sie seine Ausführungen auf sich gemüßt glaubt. Stellen fest, daß sie also wieder zu derselben obstinaten Praxis greift, mit der sie einst den ihr unbequemen Mahnungen und Hirtenbriefen des Kardinals Fischer zu begegnen suchte (die sie, das führende Zentrumsblatt des Rheinlandes, wenn es ihr „geboten“ schien, nach Belieben zusammenstrich und ins Feuilleton verwies). Stellen fest, daß sie eine wichtige Rundgebung des Herrn Kardinals v. Hartmann, ihres Oberhirten, genau so rücksichtslos behandelt, wie einst die Rundgebung des St. Vaters an den Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands, die sie zwischen Sportnachrichten brachte. Wir stellen dies fest und überlassen das Urteil allen, die im Sentire cum ecclesia noch mehr als eine opportunistische Wendung für die Zeit der Zentrums-wahlen sehen.“

Gegenüber dieser neuesten offenen Auflehnung des Bachem-Blattes nimmt es sich drollig genug aus, wenn die dem Papst nahestehende „Unita cattolica“ von einem „zu erwartenden Kanossagange des Bachemismus“ spricht.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Ausland.

(Wochenbericht.)

Amerika. Achtung! Strumpfwirkerstreik. Die Strumpfwirker der Firma Julius Kayser u. Co., Brooklyn, N. Y., U. S. A., sind im Streik. Dieser Streik ist verursacht durch das Verlangen der betr. Firma, den Arbeitern ihres Betriebes das Zwei-Maschinensystem aufzuzwingen, d. h. jeder Arbeiter soll anstatt einer Maschine, wie bisher, zwei Maschinen (18- und 20teilig) bedienen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise sowie die Tatsache, daß in dem verhältnismäßig kleinen Gewerbe bereits in zwei Fabriken (Paterfon,

N. Y., und Reading, Pa.) Streik ist, sucht die Firma Kayser u. Co. dazu auszunutzen, jene Neueinführung in ihrer Fabrik zu erzwingen.

Alle deutschen Strumpfwirker werden ersucht, davon Notiz zu nehmen und dem Streikgebiet um ihrer selbst willen fernzubleiben, bis die Differenzen beigelegt sind.

Soziales.

Die Internationale Konferenz zur Durchführung eines gesetzlichen Arbeiterschutzes wird auf Einladung des Schweizer Bundesrats am 3. September d. J. in Bern beginnen. Die deutsche Regierung wird Vertreter zu den Verhandlungen entsenden. Es handelt sich bei den Beratungen im wesentlichen um die Umwandlung des auf der Konferenz im Jahre 1913 festgesetzten Schlußaktes betreffend den internationalen Schutz der Arbeiter von 16 bis 18 Jahren in einen internationalen Vertrag für die Konferenz bezeichnenden Staaten. Im einzelnen ist das Verbot der industriellen Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre und die Einführung eines zehnstündigen Höchstarbeitstages für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr und für Arbeiterinnen ohne Unterschied des Alters in dem Schlußakt vorgesehen. Für Deutschland dürften die vorgesehenen Bestimmungen nicht wesentlich in Betracht kommen. Es bestehen bekanntlich seit dem Jahre 1891 bereits besondere Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter unter 18 Jahren im § 120c der Gewerbeordnung, der diejenigen Gewerbeunternehmer, welche Arbeiter beschäftigen, verpflichtet, „bei Einrichtung der Betriebsstätte und bei Regelung des Betriebes diejenigen besonderen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit zu nehmen, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind“. Nach § 120d der Gewerbeordnung kann diese Vorschrift für „einzelne Anlagen“ im Wege der polizeilichen Verfügung zur Durchführung gebracht werden, während nach § 120e der Gewerbeordnung dem Bundesrat, den Landeszentralbehörden oder den zuständigen Polizeibehörden die Befugnis zusteht, für bestimmte Arten von Anlagen allgemein gültige Vorschriften zur Durchführung der im § 120c enthaltenen Grundsätze zu erlassen. Der Bundesrat hat von dieser Befugnis zum Schutze der Arbeiter bis zu 18 Jahren bzw. von 16 bis 18 Jahren in mehrfachen Verordnungen Gebrauch gemacht.

Berichte aus Fachreisen.

Apolba. Am Sonnabend, den 18. Juli, fand im „Vortwärts“ unsere Monatsversammlung statt. Dieselbe war gut besucht. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Vortrag des Kollegen Schubert über die Satzungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Apolba. Dieser wurde auf eine Extraverammlung verlagert. Kollege Gutberlet wies auf die Aussperrung von 30 000 Textilarbeitern in der Niederlausitz hin. Dann gab er den Kassenbericht vom 2. Quartal. Aus demselben geht hervor, daß die Kasse durch die infolge der Krise herrschende Arbeitslosigkeit, dann aber auch durch die außergewöhnlich vielen und langen Krankheitsfälle im 2. Quartal sehr in Anspruch genommen wurde. Dies beweist, daß die Gewerkschaft in Zeiten der Not für die Arbeiter der einzige Rettungsanker ist. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Geschäftsführer Entlastung erteilt. Ein Antrag, den Jugendausschuß betreffend, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Hierauf gab Kollege Schaufuß den Kartellbericht.

Berlin. (Unerhört.) In den Wegelerschen Abstellwerken kam es zwischen einem Arbeiter und einem Obermeister zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Arbeiter mehrere Schläge ins Gesicht erhielt. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Barmen. Nachklänge vom Streik bei Rehrenberg. Das Gewerbegericht hatte sich unter anderem mit einer Klage des arbeitswilligen Bandwirlers Richard Fiedler gegen die Firma Aug. Rehrenberg auf Zahlung von 10,50 Mk. rückständigen Lohn und 120 Mk. Streikprämie zu befassen. Die Verhandlung sollte das ganze Geheimnis des Streiks aufdecken. Fiedler war vom Streikbrecheragenten Ferber angeworben, mit anderen Arbeitswilligen bei Rehrenberg, wo am 26. Februar ein Streik der Bandwirker ausgebrochen war, für 27 Mk. Wochenlohn und freie Kost und freies Logis zu arbeiten. Rehrenberg schien aber kein großes Vertrauen in die Klausreißer zu setzen, so daß anstatt des Wochenlohnes der Akkordlohn durchgeführt wurde. Bei der ersten Lohnung wurden dem Arbeitswilligen für erhaltene Kost 10,50 Mk. in Abzug gebracht, denn die acht bis zehn Arbeitswilligen durften mit an des Herrn Lische speisen. Fiedler hat sich nun an Ferber gewandt wegen des Lohnabzugs, weshalb dieser die Sache wieder einreichte, indem die 10,50 Mk. zurückgezahlt werden sollten. Fiedler sollte 20 Mk. „Extrainschädigung“ haben, wenn er während des Streiks aushalte. Von diesem Judaslohn wurden spät abends um 10 Uhr der Frau Fiedler schon 10 Mk. ausgehändigt. Nachdem Fiedler, der wöchentlich über 40 Mk. in Akkord verdiente, fünf Wochen in der Fabrik beschäftigt und einlogiert worden war, gab ihm die Firma Rehrenberg den Rat, doch zu Hause zu essen, damit er dabei etwas für seine Familie spare. Wahrscheinlich wollte sie aber den Arbeitswilligen, der nicht den „solibesten“ Eindruck macht, nicht mehr am Lische haben. Als Vertreter der Firma erschien Herr Rehrenberg jun., ein junger Mann von etwa 22 bis 25 Jahren, der laut Vollmacht seinen Vater vertrat, aber ein derartig arrogantes Benehmen an den Tag legte, daß selbst der Vorsitzende des Gewerbegerichts sich veranlaßt sah, ihn zu erfuchen, sich wenigstens mal anständig dahinzustellen. — „Ich habe dies und ich habe das angeordnet. Ich habe nach fünf Wochen den Streik aufgehoben“ und so ging es fort. — Nun fühlt man auch heraus, was er um der Streik von der Firma aufgehoben wurde. Die Arbeitswilligen kosteten der Firma ein zu großes Stück Geld, so daß Rehrenberg beim Arbeitgeberverband auf den weiteren Schutz verzichtete und dieser dem „Agent“ Ferber davon Mitteilung machte, daß die Verpflichtungen ihm gegenüber erloschen seien. Man wollte sich also die Gesellschaft der Ferber-Kompagnie gern vom Hals schaffen. Das war wohl der Zweck der Uebung. Natürlich nebenher noch vielleicht die Streikenden einschüchtern. Da aber der Streik noch weitere elf Wochen dauerte, verlangte der Arbeitswillige Fiedler an Entschädigung für Kost und Logis pro Woche 10 Mk. Als Zeuge trat auf der etwa 25 Jahre alte arbeitswillige Bandwirlers Kurt Schmitz, zurzeit in Schwelm als Brenner tätig, der behauptete, daß Fiedler die Entschädigung versprochen worden sei, ebenfalls sei ihm (Zeuge) für Kost und Logis nichts in Abzug gebracht worden. Beklagte erwiderte hierauf, daß der Zeuge nichts geleistet und man ihm von dem geringen Verdienst keinen Mehr machen können, sonst habe Schmitz nichts mehr erübrigt. Immerhin ist Schmitz im Verhältnis zum bezahlten worden: 20 bis 24 Mk. Akkordlohn und Kost und Logis frei. Die Verhandlung wurde auf den 30. Juli, nachmittags 4 Uhr, vertagt und beschloffen, den „Agent“ Gottfried Ferber als Zeugen zu vernemen, ob die Vereinbarung getroffen wurde, daß entweder eine Extrainschädigung gezahlt werden sollte oder die Verpflegung frei sei. Nun haben beide Teile den Dank des Hauses Gabsburg. Welche „hohe“ Meinung übrigens die Firma Rehrenberg von den Arbeitswilligen anscheinend hat, läßt sich aus folgender Tatsache schließen: Im Laufe der Verhandlung hatte der junge Rehrenberg selbst beantragt, seine Brüder als Zeugen zu vernemen. Als dann kurz

darauf von den Arbeitswilligen die Rede war, und dann der Vorsitzende die Frage stellte: Wie heißen die Brüder? fragte R. ganz witzig: „Welche?“ — „Spre“ war darauf die Antwort des Vorsitzenden. —

Bocholt i. W. Kollegen und Kolleginnen, die beabsichtigen, Arbeit in Bocholt anzunehmen, oder denen von irgendeiner Seite geraten wird, hierher zu kommen, werden in ihrem eigenen Interesse freundlich, aber dringend ersucht, beim Unterzeichneten vorher anzufragen, da es in letzter Zeit häufig vorgekommen ist, daß Kollegen sehr enttäuscht wieder abgereist sind. Friedrich Tadsen, Bocholt i. W., Schützenstr. 17.

Eschwege. Am Sonnabend, den 18. Juli, fand im „Frankfurter Hof“ unsere Mitgliederversammlung statt. Zunächst gab Kollege Fiedler den Kassenbericht vom 2. Quartal. Die Einnahmen betragen 822,46 Mk., die Ausgaben 530,21 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 292,25 Mk. Die 5-Pfennig-Extrasteuer hat gut gewirkt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. — Den Kartellbericht erstattete Kollege Felmeden. Er sprach zunächst über das am 16. August stattfindende Gewerkschaftsfest. Dann schilderte er eingehend die Grenzstreitigkeiten der hiesigen Gewerkschaften. Es wurde im Kartell ein Antrag angenommen, nach welchem sich jeder der für seine Branche bestehenden Organisation anzuschließen hat. In der Diskussion wurde hervorgehoben, die Vorstände mögen sofort ans Werk gehen. Es stellte sich aber an einem Beispiel heraus, daß die Sache noch nicht ganz geklärt sei. Deshalb wurde diese Angelegenheit nochmals dem Kartell überwiesen. — Aus dem Gewerkschaftsfest-Programm sei hier folgendes erwähnt: Der Festzug setzt sich um 1/2 Uhr von der „Schönen Aussicht“ aus in Bewegung und geht nach dem Stadtpark. Hier wechseln sich ab: Festrede, Festgesänge und Verlosungen. Auch die Arbeiterturner und -Radfahrer werden ihr Bestes zeigen. Es ist Pflicht unserer Kollegen und besonders unserer Kolleginnen, sich zahlreich an diesem gemeinsamen Feste zu beteiligen. — Unter „Verschiedenes“ teilte unser Vorsitzender, Kollege Schabach, noch folgendes mit: Es werden im Laufe des Winters zehn lehrreiche Vorträge in unserem Orte gehalten werden, im Oktober drei, im Dezember ein Lichtbildervortrag und im Januar sechs weitere Vorträge. Alles nähere wird noch rechtzeitig bekannt gegeben. Es ist sehr erfreulich, daß auch in unserem Orte die Bildungsbestrebungen immer mehr in den Vordergrund treten. Mögen sich unsere Mitglieder das hier gebotene nicht entgehen lassen und zahlreich diese Vorträge besuchen.

Saan. Die für Samstag, den 18. Juli, einberufene Mitgliederversammlung war gegenüber einer Reihe vorher abgehaltener Versammlungen ziemlich gut besucht, doch hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung der Besuch ein noch besserer sein müssen. Zur Tagesordnung standen: 1. Rechnungslegung. 2. Agitation. 3. Familienausflug. Eingangs der Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß der Schriftführer aus hier nicht näher zu erklärenden Gründen sein Amt niedergelegt habe. An seiner Stelle wurde die Kollegin Fanny Klein als erste und die Kollegin Franziska Soskott als zweite Schriftführerin gewählt. Den Kassenbericht gab Kollege Kellerauer. Unter „Agitation“ gab Kollege Böcker einen kurzen Bericht über die Bewegung der Weberinnen bei der Firma Jung u. Simons. Er kam zu dem Schluß, daß unter allen Umständen der Versammlungsbesuch besser werden müsse, damit das Vertrauensleutesystem besser ausgebaut werde und günstige Situationen besser ausgenutzt werden könnten. Die Abhaltung einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung hielt die Versammlung unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse nicht für zweckmäßig. Jedoch wurden die Kartelldelegierten beauftragt, im Gewerkschaftskartell im Sinne des Beschlusses des Münchener Gewerkschaftskongresses zu wirken. Im Monat Oktober soll dann eine allgemeine Hausagitation stattfinden und verpflichteten sich sämtliche anwesenden Mitglieder, sich daran zu beteiligen. Der Vorsitzende ersuchte, dem Vorstand bis dahin genug Material auf Grund der Indifferenzentzettel beizubringen. An sämtliche Mitglieder ergab das Ersuchen, sich an dem Festzuge des am 9. August in der „Zitter“ stattfindenden Gewerkschaftsfestes zu beteiligen, damit die hiesige Filiale des Verbandes auch nach außen hin einen guten Eindruck macht. Zur Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühls lag ein Antrag der Funktionäre vor, einen Familienabend oder -ausflug zu veranstalten. — Die Versammlung beschloß, am ersten Sonntag im September (6. September) einen Familienausflug nach Klein-Amerika (Osterholz) zu unternehmen. Die dazu nötigen Arrangements soll eine am 23. Juli stattfindende Versammlung der Vertrauensleute treffen. Es ist nun an den Kollegen und Kolleginnen, die hier gefassten Beschlüsse im weitesten Maße in die Tat umzusetzen. Die Zeiten sind doch wirklich zu ernst, um gleichgültig in den Tag hineinzuleben. Die ständigen Abzüge bei der Firma S. E. Scheinwuid bieten den beteiligten Weibern und Weberinnen doch Anlaß genug zum Murren. Jhnen und anderen muß nun klargemacht werden, daß Handeln und Organisieren besser angebracht wäre.

Sohrenstein-Ernfthal. In der am 11. Juli abgehaltenen Filialversammlung erstattete der Kassierer, Kollege Hermann Böttger, Bericht über das 2. Quartal 1914. Dasselbe weist eine Einnahme von 3054,41 Mk. und eine Ausgabe von 2615 Mk. auf; bleibt demnach ein Kassenbestand von 439,41 Mk. Der Mitgliederbestand beträgt 502 gegen 511 im vorigen Quartal. Der Vorsitzende betonte, daß im 2. und 3. Quartal feils mit einem kleinen Verlust gerechnet würde. Immerhin sei der Verlust ein höherer als in den gleichen Quartalen vergangener Jahre. Der allgemeine schlechte Geschäftsgang mit tagelanger Arbeitszeitverkürzung, die vielen Abreisen usw. sind in diesem Jahre ungemein stärker aufgetreten. — In einer Vertrauensmännerkonferenz kam einstimmig zum Ausdruck, daß die Vorarbeiten zur Herbstagitation schon jetzt in Angriff genommen werden sollten. — Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Nachdem berichtete noch der Vorsitzende über eine Gewerbegerichtsfindung gegen die Handshuf-Firma Gebr. Apel in Gröna, die hier am Orte eine Filiale besitzt. Daß die zahlreichen Niederlassungen auswärtiger Handshuf-Fabrikanten hier ein Eldorado der Ausbeutung finden, war der Filiale schon seit vielen Jahren bekannt. Ab und zu sichert auch einmal darüber etwas in die Öffentlichkeit. Man kann aber nichts unternehmen, weil die Arbeiterinnen meistens nicht standhalten und alles über sich ergehen lassen. Ist es nicht „köstlich“, wenn eine Arbeiterin für fünf Duzend Handshufe 46 Pf. Nahllohn bekommt, den Zwirn dazu kaufen muß, weil aber die Arbeit angeblich schlecht oder auch mangelhaft geliefert worden sei, nun 1,44 Mk. an den Fabrikanten zahlen soll? — Das ist nur ein Fall, und wie oft mögen sich derartige Angelegenheiten abspielen. Ferner kamen auch Verstöße gegen die Gewerbeordnung der Art zur Sprache, daß Fabrikanten ihren Arbeiterinnen noch recht viel Heimarbeit mitgegeben haben.

Kirchhau. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise lastet nun schon seit drei Vierteljahren wie ein Alp auf der hiesigen Textilindustrie. Einen derartig lange und scharf anhaltenden Geschäftsmiederschlag hat man hier seit Gründung der Betriebe noch nicht zu verzeichnen gehabt. Zurzeit haben nur zwei Firmen mit etwa 500 Arbeitern genügende Beschäftigung. Die Mehrzahl, etwa 1700 Arbeiter, muß wöchentlich an einigen Tagen die Arbeit unterbrechen. Das bedeutet eine beträchtliche Schwämmerung des sonst schon länglichen Verdienstes. Durch Strafen und „Schabenerfah“ wird weiter der Lohn der Arbeiter herabgedrückt. Wenn das Geschäft schlecht geht, ist in fast allen Betrieben an der abgelieferten Ware stets etwas auszufügen. In besseren Zeiten kann der Arbeiter nicht genug zusammenschaffen. Jetzt nimmt man die Lupe zur Hand, um auch den kleinsten Fehler in der Ware herausfinden zu können. Die Arbeiter können überhaupt nichts mehr recht machen. Das bestehende Antreibersystem erfährt eine weitere Verschärfung. Darin ist die erschreckende Zunahme der Unfälle zum erheblichen Teil begründet. Schwere und zahlreiche Opfer hat die hiesige Arbeiter-schaft schon bringen müssen. Sehr bedauerlich ist, daß von der

Masse mit stumpfer Gleichgültigkeit darüber hinweggesehen wird. Jeder sollte doch bedenken, daß er selbst an der Maschine stehen muß, die ihm vielleicht schon heute oder morgen seine geliebten Glieder zerschneiden kann. Neben den vielen Verschlechterungen, die der schleppende Geschäftsgang mit sich gebracht hat, befindet sich aber auch eine Maßnahme, die unseren Beifall findet. Der freie Sonnabend nachmittag ist für etwa 1700 Arbeiter eingeführt worden. Die betreffenden Firmen haben bekanntgegeben, daß auch in Zeiten guter Konjunktur an Sonnabenden nach 1 Uhr mittags nicht mehr gearbeitet werden soll. Es wäre zu begrüßen, wenn das in allen Betrieben erfolgen würde. Der Fortbestand und die Leistungsfähigkeit der Industrie würde darunter keineswegs zu leiden haben. Den freien Sonnabend nachmittag sicherzustellen, darauf sollte das Augenmerk der hiesigen Arbeiterschaft gerichtet sein. Die Arbeiter haben auch ein Recht, zu verlangen, für ihre Arbeit einen ordentlichen Lohn zu erhalten. Im Jahre 1913 ist das Einkommen der hiesigen Industriearbeiter und sonstigen Gewerbetreibenden noch um über 300 000 Mk. höher als das der Arbeiter und Angestellten gewesen. An Lohn und Gehalt wurden im vorigen Jahre 735 800 Mk. ausbezahlt. Demgegenüber durften jene wenigen Leute, die ihr Einkommen aus Handel und Gewerbe erzielen, also vor allem die Besitzer der großen Textilbetriebe, 1 040 620 Mk. einheimen. Es ergibt sich daraus, daß die hiesige Industrie höhere Löhne zu zahlen imstande wäre. An den Arbeitern liegt es, diese Erkenntnis in ihrem Interesse auszunutzen. Dafür gibt es nur ein Mittel: eine große leistungsfähige Organisation. Tretet in den Deutschen Textilarbeiterverband, der euch nicht nur durch gute Unterstüßungen vor der schlimmsten Not schützt, sondern durch den ihr auch in die Lage kommt, euch bessere Verhältnisse zu erkämpfen.

Aus der Posamentiererbewegung.

Wie der Kollegenschaft im Reiche bekannt ist, läuft am 30. September dieses Jahres in Berlin der Tarifvertrag ab, der mit der hiesigen Innung sowie mit der Freien Vereinigung der Posamentiermeister auf drei Jahre abgeschlossen war. Wenn man diesem Abschluß auch nicht alles Gute nachsagen kann — die Schattenseiten will ich nachher noch ein wenig streifen —, so ist doch anzuerkennen, daß die Lohnverhältnisse während der Geltung des Vertrages stabil geblieben sind, teilweise hat sogar eine Erhöhung der Löhne Platz gegriffen — wenigstens bei den paar einflussreichen Unternehmern. Im allgemeinen hat die Krise in der Posamentenbranche verheerend gewirkt. Immer mehr Kollegen mußten sich anderen Erwerbszweigen zuwenden. Man fragt sich angstvoll, was noch werden soll. Es gab doch sonst immer eine Saison (Frühjahr und Herbst) in der Möbelbranche. Das hat sich aber auch schon geändert: einige Betriebe haben gut zu tun, andere haben wieder gar nichts, so daß es selbst in der Saison nicht möglich ist, alle verfügbaren Arbeitskräfte unterzubringen. Wenn einzelne Unternehmer sich ernstlich mit der Frage der Regelung unseres Posamentierereinkommens beschäftigen, so ist das wirklich anzuerkennen, auch werden sie stets Verständnis in den Gehilfenkreisen dafür finden, doch bei den meisten Unternehmern hängt immer noch der Zwisp hinten und sie bringen es nicht fertig, sich dem Fortschritt der Zeit anzupassen. Der gegenwärtige Konkurrenzneid und die Angst, daß andere ihre Muster zu sehen bekommen und nachahmen könnten, trotzdem sie doch durch die Hand des Tapeziers weitergehen, beherrscht sie immer noch. Davon müssen sie sich noch freimachen. Wir leiden auch unter den Scheinrenten jener Leute, die — besonders in der Konfektionsbranche — als Meister ohne Gehilfen austauschen, sobald die Konjunktur sich ein wenig hebt.

So liegen hier die Dinge.

Nun möchte ich die Kollegenschaft im Reiche ersuchen, eine genaue Aufstellung über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen. Wir in Berlin führen seit Oktober vorigen Jahres eine gut funktionierende Statistik, die uns bei der jetzigen Tarifberatung gute Dienste leisten wird. Ich möchte den Kollegen im Reiche daselbe anraten, damit wir jederzeit in der Lage sind, unsere wirklichen Verhältnisse statistisch mit Zahlen zu belegen. Wenn auch hin und wieder noch kleine Mängel auftreten, welche wohl mit der Zeit ganz verschwinden werden, so ist es doch wertvoll, bleibendes Material zu haben, an dem ermaßen werden kann, wie die Posamentenbranche gestellt ist. Es ist bei einem Teil Unternehmer innere Ueberzeugung, daß sie in Berlin zu hohe Löhne zahlen, wodurch es ihnen unmöglich sei, mit anderen Städten zu konkurrieren. Daß es allerdings vorläufig noch nicht möglich ist, mit dem Erzgebirge, dem Schmeitzgrund aller Posamentierer, in Konkurrenz zu treten, das muß jeder einflussreiche Mensch verstehen; denn ehe nicht die Arbeiterschaft dort drüben sich auf ihre Menschenwürde besinnt und sich sagt, daß sie auch einen kleinen Anspruch an das Leben hat, und ehe sie nicht die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation erkennen lernt, solange sie, sich von dem Zwischenmeisterhitem familienweis ausbeuten läßt, werden Berlin sowie andere Städte nicht mit dem Erzgebirge konkurrenzfähig sein. Es bleibt dort noch eine große Aufgabe zu erfüllen, die vielleicht dadurch gelöst werden kann, daß einmal mit den Unternehmern zusammen eine Ausprägung darüber herbeigeführt wird, wie es möglich ist, auf das Unternehmertum sowie auf die Arbeiterschaft zu einzuwirken, daß endlich einmal die Erziehung des Posamentierers vor Untergrabung durch die Erzgebirgler geschützt sei. Jenes ewige Anklammern an die billige Konkurrenz im Erzgebirge hat es leider zuwege gebracht, daß auch durch die Berliner Unternehmer teilweise der Tarif durchbrochen worden ist, indem wieder die leidige Affordarbeit mehr eingeführt wurde. Der Unternehmer glaubt, unter diesem System etwas billiger liefern zu können, was aber nicht der Fall ist, denn kein Kollege, der für dieselben Artikel auch nicht mehr Lohn zahlt als er, ist genau so konkurrenzfähig wie er. Oft fehlt hier den Unternehmern auch die Einsicht, daß bei Affordarbeit lange nicht mehr der Wert auf gute Arbeit gelegt wird wie bei der Lohnarbeit. Auch geht der Affordarbeiter mit seinem Arbeitsgerät, Handstühlen sowie Maschinenstühlen, nicht mehr so sorgsam um, als wenn er Lohnarbeiter wäre. Hier heißt es nur: Verdienen, und den Nachteil davon hat immer wieder der Unternehmer, da seine Arbeitsgeräte schon nach viel kürzerer Zeit verbraucht sind, als wenn ein tüchtiger, gewissenhafter Lohnarbeiter daran stände.

Der Affordarbeiter selbst wird bei seiner intensiveren Tätigkeit in den meisten Fällen auch viel schneller verbraucht. Auch durch die ewige Preisregulierung, die bei der Affordarbeit eintritt, wird das Nervensystem viel leichter zerstört. Darum fort mit der Affordarbeit!

Nun ist es also notwendig, daß wir von allen Städten, wo Posamentenbetriebe sich befinden, welche Arbeiter beschäftigen, eine genaue Aufstellung ihrer Löhne und ihrer Arbeitszeit bekommen. Affordarbeit wird ja dabei wenig in Frage kommen. Am zweckmäßigsten wird es sein, daß von allen Orten, wo eine Vertrauensperson ist, dieselbe mir umgehend ihre Adresse einschickt. Ich würde ihr dann einen Fragebogen zusenden, der schnellstens wieder zurückgegeben werden müßte, damit wir den hiesigen Unternehmern bei der Tarifberatung in allen vor kommenden Fällen mit Beweis material dienen könnten. Auch sind wir gern bereit, der Kollegenschaft im Reiche unsere Aufstellungen, die wir bis jetzt gemacht haben, zur Verfügung zu stellen. Ueberhaupt ist es notwendig, der Reichstarrifkommission von allen Vorkommnissen im Reiche Nachricht zukommen zu lassen. Und vor allem ist es notwendig, das Band, das uns umschlingt, wieder fester zu knüpfen, so daß unserer Branche auch im Verbands die ihr zukommende Stellung gewahrt bleibt. Die Zeiten sind dazu angetan, daß wir stets der

Devise unseres „Textilarbeiters“ eingedenk sein sollten: „Ber-einigt seid ihr nichts, vereint alles!“ Also nochmals, Kollegen, frisch ans Werk!

Mit kollegialem Gruß

A. Schüler,
Berlin O. 17, Martgrafendamm 26, II.

An diejenigen —!

Was steht ihr träumend da und seht wie eure Ständesbrüder ein besseres Wohl für ihre Müh' erkämpfen? Und tretet ihr die Werbung, die sie euch tagtäglich unterbreiten, nicht mit Füßen?

Ihr wollt wohl erken, dennoch niemals säen und niemals denen eine Stütze sein, die durch die eigne Kraft ein würdig Ziel erstreben! In eurer engen Welt, wo Vorurteile und Willenlosigkeit den Geist zusammenpferchen, wo ihr, wenn das auch Unbekannte quält, in dunkle Schunen euch verkrücht, da klagt ihr an, da wird erzählt. Da wird die Faust geballt — wenn's niemand sieht.

In dieser Welt versinkt die Menschlichkeit! Zum wahren Weg fehlt euch der Mut! Und was ihr seht, das wollt ihr nicht erkennen, ihr hindert jenem Trieb im edlen Blut der Herzen, die für des Volkes Kinder brennen!

W. Kl.

Briefkasten.

Lengsfeld i. B. Ich erkläre hierdurch, daß der Kollege Konrad Fick, zurzeit in Leipzig-Lindenau, früher in Lengsfeld, seine Sachen in Ordnung gebracht hat. Es ist ihm also nichts mehr nachzusagen. R. P. Simon.

L. Pulsnis. Gegenwärtig Deine Entgegnung zu veröffentlichen, halten wir nicht für ratsam — mit Rücksicht auf die Bewegung in der Lausitz. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. W. Gr.

Röbel. Ich war nicht hier und R. ist jetzt nicht hier, weshalb Auskunft nicht gegeben werden kann. W.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 2. August, ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

- Gau 1. Osternburg. K: Franz Schmidt, Sandstr. 37.
- Gau 3. Krefeld. V: Michael Köhler, Königshof bei Krefeld, Jacobstr. 30. K: H. Bretschneider, Geschäftsführer, Albrechtsplatz 1.
- Gau 6. Neutlingen. V: E. Lorenz, Alstr. 36.
- Gau 10. Leubsdorf. Der Vorsitzende ist zu streichen. Alle Briefe usw. an den Kassierer.
- Gau 10. Bad Lausitz. V: Adolf Müller, Rochlitzer Str. 30.

Tariffragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.

- Gau 3 (Krefeld): Paul Vater, M.-Glabach, Königstr. 13.
 - Gau 5 (Mühlhausen i. C.): Josef Gsell, Mühlhausen i. C., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).
 - Gau 7 (Augsburg): Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.
 - Gau 8 (Gera): Tariffkommission, Gera (M.), Schülerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.
 - Gau 9 (Plauen i. V.): Tariffkommission für den Bezirk Oberfranken, Max Raitchel, Hof i. V., Lorenzstr. 23.
 - Gau 11 (Neugersdorf): Gustav Piammiger, Neugersdorf, Postweg 96i.
 - Gau 12 (Liegnitz): Hermann Reichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.
 - Gau 13 (Berlin und Vororte): Tariffkommission der Teppich- und Plüschbranche. Alle Sendungen sind zu richten an Mag Gruhl, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.
 - Bielefeld. Tariffkommission für Plüschweberei: Rudolf Straße, Stieghorst Nr. 155, bei Bielefeld.
 - Elberfeld. Tariffkommission für Moquette, Plüsch und Gobelin: Franz Braun, Sedanstraße 49.
 - Greiz und Umgegend. Geschäftsstelle: Breuningstraße 12 I. Jeden Donnerstagabend nach Schluß der Arbeitszeit. Telephon: Nr. 506.
 - Hameln a. W. Tariffkommission der Teppich- und Nutenweber: Heinrich Albert, Hameln a. W., Kupferschmiedestr. 2.
 - Mühlau-Neßthlau. Geschäftsstelle: Mühlauer Straße 28 I, Auskünfte freitags abends von 6—8 Uhr.
 - Reichenbach i. B.: Geschäftsstelle, Reichenbach i. B., Weststr. 3. Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.
- Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohn tarifen usw. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder:

- Augsburg. August Ziegans, 25 Jahre alt — †.
- Barmen. Am 24. Juli August Wepler, Bandwirker, 40 Jahre alt — Bruchoperation.
- Berlin. Franz Pientok, Webereiarbeiter, 36 Jahre alt — Herzlähmung; August Dodi, Färbereiarbeiter, 52 Jahre alt — Magenkrebs.
- Crimmitschau. Am 23. Juli Gustav Rauch, 47 Jahre alt — Nervenleiden.
- Erlangen. Margarete Ged, 51 Jahre alt — Muthergiftung; Karl Mitscher, 36 Jahre alt — Kehlkopfgeschwulst.
- Glauchau. Friedrich Schilda in Gesau, 63 Jahre alt.
- Greiz u. Umg. Am 18. Juli Gertrud Gründler, Färbereiarbeiterin, 27 Jahre alt — Entbindung.
- Hamburg. Heinrich Dehn, Färbereiarbeiter, 48 Jahre alt.
- Liegnitz. Pauline Franke, 31 Jahre alt — Kehlkopfgeschwulst.
- Neustadt, O.-Schl. Johann Schammern — Herzschwäche.
- Schneeberg. Am 25. Juli August Hergert, Lohnsticker, 62 Jahre alt — Operationsfolgen.
- Sorau. Hermann Kluge, Weber, 48 Jahre alt — Operation.
- Strehlen. Am 10. Juli Selma Scholz, Weberin, 30 Jahre alt — Gehirnschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Die Meldungen für die Streitfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

Aussperrung fäktlicher Tucharbeiter und Arbeiterinnen in:

- Jork.
- Kottbus.
- Spremberg.
- Guben.
- Ludenwalde.
- Sommerfeld.
- Finstertal.

In Bewegung befinden sich:

Weber in:

Osnabrück (F. G. Hamerjen, Baumwollspinnerei- und Weberei).

Reichenbach i. B. (F. W. Gajcher, Streichgarnweberei.)

Rammgarnspinner in:

Saupersdorf (Ewald Rüdiger).

Strumpfwirker in:

Gelenau.

Strumpfwirker nach:

Brooklyn N. Y. (Vereinigte Staaten).

Aus sonstigen Gründen sollen Zugang unterlassen:

Sticker nach:

Berlin.

Bandweber nach:

Apolda.

Färber und Wäscher nach:

Schweiz.

Spinnereiarbeiter und -arbeiterinnen nach:

Osnabrück (Baumwollspinnerei und -weberei).

Seilereiarbeiter nach:

Mannheim-Neckarau (Aktiengesellschaft Textilindustrie, vorm. Ferd. Wolf).

Weber und Weberinnen verschiedener Art nach:

Brandenburg a. H., Hamburg, Hameln, Kassel, Dederun, Offenbach am Oued, Reichenbach im Vogtland, Jork i. L., Lochenstein-Ernsththal (Wilh. Ende), Barth an der Ostsee, Sickingen (Rheinl.), Bittau-Scheibe (C. G. Thomas, Decken- und Scheuertuchweberei), Lambricht (Waltinger Söhne).

Weber und Weberinnen nach:

Duisburg (Zirma Kohlstadt u. Trone, Gebr. Schulz).

Da in Riesa-Gröba und in Lublinitz keine Reiseunterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streitfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keine Lei Unterstützung gezahlt. Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die Stamnummer des Mitgliedsbuches anzugeben.

Versammlungskalender.

- Aachen. Samstag, den 1. August, abends 8½ Uhr, im „Frankenberger Bierkeller“.
 - Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königstadt 1873. **Zahltag.**
 - Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Lohm, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**
 - Berlin. (Sektion der Defateure und Presser.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ecke Injelsstraße: **Zahltag.**
 - Berlin. (Sektion Weissenfee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulsch, Lehderstr. 5: **Zahltag.**
 - Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Elste, Wallstr. 32—33: **Zahlabend und Besprechung von Branchenanliegenheiten.**
 - Berlin. (Für Roabit.) Zahlstelle: Waldstraße 12 bei Schlemann.
 - Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling.
 - Berlin. (Für Neufölln.) Zahlstelle: Bietenstr. 69 bei Kramer.
 - Berlin. (Für Briß.) Zahlstelle: Kirchhoffstr. 41 bei Wolff.
 - Berlin. (Für Nummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87, bei G. Poczontel.
 - Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Rüdigerstr. 2.
 - Berlin. (Sektion der Hands- und Schiffsenticker und des Hilfs-personals.) Jeden Sonnabend, abends von 8½ bis 10 Uhr, bei Friedrich Wöb, Weberstr. 6.
 - Berlin. (Für Charlottenburg.) Zahlstelle: „Volkshaus“ (Restaurant), Rosinenstraße 3.
 - Bunzlau. Sonnabend, 9. August, in der „Nichte“.
 - Burg. Dienstag, 11. August, bei Robert Gorges, Untermhagen.
 - Eibenrod. Montag, 10. August.
 - Erfurt. Freitag, 7. August, abends 8½ Uhr, im „Livolli“, Magdeburger Straße 57.
 - Erlangen. Sonnabend (Samstag), 8. August.
 - Freiburg. Sonnabend, 8. August, abends 8½ Uhr, in der „Union“.
 - Kleinreinsdorf. Sonntag, 2. August, nachmittags 5 Uhr, in der „Grünen Linde“. **Generalversammlung.**
 - Lambrecht. Sonnabend (Samstag), 8. August, bei Wwe. März.
 - Langensalza. Sonnabend, 8. August, im „Oberen Felsenkeller“.
 - Lauban. Sonnabend, 8. August.
 - Neumünster. Montag, 10. August, abends 8 Uhr, im „Jugendheim“, Fabrikstr. 32.
 - Neustadt, O.-Schl. Sonnabend, 8. August.
 - Nowawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Hienke, Wallstr. 55: **Zahlabend.**
 - Nördlingen. Sonnabend, 9. August, abends 7½ Uhr, im „Silbernen Lamm“.
 - Pöfned. Freitag, 7. August, abends 8½ Uhr, im „Vereinsgarten“.
 - Riel. Sonnabend, 8. August, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 8.
 - Rohrweil. Sonnabend, 8. August.
 - Wittstock (Dosse). Sonnabend, 8. August, abends 8½ Uhr, bei Löbermann, Prißwaller Vorstadt.
- Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Rollentbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Unserm Kollegen Wilhelm Ohle nebst seiner Braut
Lina Braun die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Hochzeit!
Die Kollegen der Filiale Ohligs.

Redaktionsluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 1. August.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \odot versehenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.